

Die nukleare Zukunft der NATO

Nach der Sommerpause hat der Endspurt begonnen. Die NATO erarbeitet ein neues Strategisches Konzept.¹ Im November soll es im Konsens verabschiedet werden. Darauf hat man sich anlässlich des Straßburger NATO-Gipfels zum 60. Geburtstag der Allianz geeinigt. Eines der zentralen Themen, bei dem die nunmehr 28 Mitglieder der Allianz zu einer gemeinsamen Sichtweise kommen müssen, ist die künftige Nuklear- und Abschreckungspolitik der Allianz. Die Debatte darüber eröffnete U.S.-Präsident Obama bereits einen Tag nach dem NATO-Gipfel 2009 in Prag, als er die Vision einer atomwaffenfreien Welt wiederbelebte und versprach, die Rolle nuklearer Waffen in der Strategie der USA zu reduzieren und sich verstärkt für atomare Abrüstung und nukleare Nichtverbreitung einzusetzen.²

Ein Jahr später, am 6. April 2010, veröffentlichte die U.S.-Regierung den „Nuclear Posture Review 2010“ (NPR 2010), ein perspektivisches Dokument zur Zukunft der U.S.-Nuklearpolitik.³ Das Papier ist gleichzeitig Blaupause für die nationale Nuklearpolitik der USA und Vorlage der Führungsmacht der NATO für die Diskussion der Nuklearstrategie im Bündnis. Denn auch die NATO muss entscheiden, wie sie die Rolle nuklearer Waffen, der nuklearen Abschreckung und der nuklearen Abrüstung in ihrem neuen strategischen Konzept beschreiben und an die Veränderungen in der Nuklearpolitik Washingtons anpassen will.

Das wird kein leichtes Unterfangen und der Ausgang ist ungewiss. Die Interessen und Positionen der 28 NATO-Mitgliedstaaten sind sehr unterschiedlich, teilweise sogar gegensätzlich. Ein Teil der NATO-Mitglieder hofft, dass die Rolle nuklearer Waffen weiter reduziert und künftig auf in Europa stationierte substrategische⁴ Nuklearwaffen verzichtet wird. Ein anderer Teil will möglichst wenig an der bisherigen Nuklearpolitik der NATO ändern und die in Europa stationierten Nuklearwaffen beibehalten.

¹ Eine regelmäßig aktualisierte Sammlung offizieller Dokumente und beratender Diskussionspapiere aus Think Tanks kann unter http://www.bits.de/main/archive/nato_strategy.htm eingesehen werden. Die NATO dokumentiert die Diskussion unter: <http://www.nato.int/strategic-concept/index.html>. Ein Monitoring der Diskussion leistet: <http://www.natowatch.org/>. Das NATO Defence College publiziert regelmäßig zum Thema <http://www.ndc.nato.int/research/series.php?icode=1> und <http://www.ndc.nato.int/research/series.php?icode=2>. [Alle Internet-Links in diesem Beitrag wurden zuletzt am 28.8.2010 eingesehen.] Hilfreich ist auch: David S. Yost: Assurance and U.S. extended deterrence, in: International Affairs Vol. 85 No.4 (2009), S. 755-780 sowie: David S.Yost: NATO's evolving purposes and the next Strategic Concept, in: International Affairs, Vol.86, No. 2 (2010), S.489-522

² http://www.whitehouse.gov/the_press_office/Remarks-By-President-Barack-Obama-In-Prague-As-Delivered

³ Vgl. <http://www.defense.gov/npr/docs/2010%20Nuclear%20Posture%20Review%20Report.pdf>

⁴ Als taktische, substrategische oder nicht-strategische Nuklearwaffen werden in diesem Beitrag alle Nuklearwaffen bezeichnet, deren Trägersysteme eine Reichweite kleiner als 5.500 Kilometer besitzen und die rüstungskontrollpolitisch nicht von den START-Verträgen erfasst werden.

Als die NATO-Außenminister sich am 22./23. April 2010 in Tallinn zu einer informellen Sitzung trafen, um über mögliche politische Vorgaben für das neue Strategische Konzept der Allianz zu sprechen, stand auch die künftige Nuklearpolitik der Allianz auf der Tagesordnung. Die Außenminister Belgiens, Deutschlands, Luxemburgs der Niederlande und Norwegens hatten NATO-Generalsekretär Rasmussen in einem Brief darum gebeten. Sie erinnerten daran, dass U.S.-Präsident Obama die Vision einer atomwaffenfreien Welt befürwortet und versprochen hatte, sich um „eine verringerte Rolle atomarer Waffen“ zu bemühen. Man wolle das NATO-Treffen zu „einer umfassenden Diskussion“ nutzen: „Wir glauben, dass wir auch in der NATO diskutieren sollten, was wir tun können, um uns diesem übergeordneten politischen Ziel anzunähern.“⁵

Doch nicht alle in der NATO denken so. Hillary Clinton, die Außenministerin der USA, hielt ihren Kollegen während eines Treffens in Tallinn im April entgegen: „Wir sollten anerkennen, dass die NATO eine nukleare Allianz bleibt, so lange Nuklearwaffen existieren,“ und mahnte zudem: „Für ein nukleares Bündnis ist es fundamental, die nuklearen Risiken und Verantwortlichkeiten breit zu teilen.“⁶ Clintons Vorgängerin, Madeleine Albright, und die von ihr geleitete Expertengruppe überreichten Anders Fogh Rasmussen, dem NATO-Generalsekretär, am 17. Mai 2010 Vorschläge für das neue Strategische Konzept der Allianz, in denen sie sich als Fürsprecher des Verbleibs und der Modernisierung des substrategischen Atomwaffenpotentials der NATO präsentierten. Auch die Expertengruppe hielt fest, die NATO werde eine „atomare Allianz bleiben, solange es Nuklearwaffen gibt“ und empfahl explizit, „unter den gegenwärtigen Sicherheitsbedingungen die Beibehaltung von einigen vorstationierten U.S.-Systemen auf europäischem Boden“, da sie „das Prinzip der erweiterten Abschreckung und der kollektiven Verteidigung stärken“.⁷

Ende September sollte der vom NATO-Generalsekretariat verfasste Entwurf für das neue Strategische Konzept vorliegen. Dieser wurde zur Grundlage für eine informelle Diskussion der Außen- und Verteidigungsminister im Oktober, aus der – falls erforderlich – weitere politische Vorgaben für die Arbeit an dem Entwurf im Generalsekretariat hervorgehen sollten. Hernach ging der Text in den Abstimmungsprozess zwischen den NATO-Staaten, um ihn rechtzeitig zum NATO-Gipfel am 19./20. November 2010 in Lissabon fertigzustellen.

Ein ambitionierter Zeitplan. Denn dass die Allianz – angesichts so widersprüchlicher Vorstellungen - problemlos zu einem langfristig tragfähigen Konsens über die nukleare Komponente ihrer Strategie und die Zukunft der Abschreckung findet, ist eher unwahrscheinlich. Für alle Beteiligten akzeptable Formelkompromisse oder minimalistische Aussagen, verkoppelt mit Arbeitsaufträgen für die weitere Diskussion über die Abschreckung sind das wahrscheinlichere Ergebnis. Bei der Suche nach Einigungsmöglichkeiten, ist jedoch Vorsicht geboten. Einige Vorstellungen aus dem NPR der USA lassen eine grundlegende Diskussion über die Zukunft der Abschreckung, die

⁵ Vgl.:

<http://www.regjeringen.no/upload/UD/Vedlegg/Sikkerhetspol/Nato/Letter%20to%20Secretary%20General%20NATO.pdf>

⁶ NN.: Secretary of State Hillary Rodham Clinton Excerpts from Remarks at NATO Working Dinner on Nuclear Issues and Missile Defense, Tallinn, Estonia, April 22, 2010, MS 2 Seiten

⁷ Vgl.: <http://www.nato.int/strategic-concept/expertsreport.pdf>

Rolle des nuklearen Dispositivs in der NATO-Strategie angeraten erscheinen. Auf diese Aspekte will die folgende Analyse aufmerksam machen.⁸

1. Die Nuklearpolitik der NATO im Jahr 2010

Das bis heute gültige Strategische Konzept der NATO aus dem Jahr 1999⁹ erachtet die „Präsenz konventioneller und nuklearer Streitkräfte der Vereinigten Staaten in Europa“ als „lebenswichtig für die Sicherheit Europas“ und beschreibt die Rolle nuklearer Waffen wie folgt: „Der grundlegende Zweck der nuklearen Streitkräfte der Bündnispartner ist politischer Art: Wahrung des Friedens und Verhinderung von Zwang und jeder Art von Krieg. Nukleare Streitkräfte werden weiterhin eine wesentliche Rolle spielen, indem sie dafür sorgen, dass ein Angreifer im Ungewissen darüber bleibt, wie die Bündnispartner auf einen militärischen Angriff reagieren würden. Sie machen deutlich, dass ein Angriff jeglicher Art keine vernünftige Option ist.“ Obwohl die „Umstände, unter denen ein Einsatz von Nuklearwaffen von ihnen in Betracht zu ziehen wäre,“ in „äußerste Ferne“ gerückt und die Allianz ihre Atomwaffen nicht mehr gegen einen bestimmten Gegner richte, werde „die NATO angemessene, in Europa stationierte substrategische Nuklearstreitkräfte auf dem niedrigsten, mit der jeweils herrschenden Sicherheitslage zu vereinbarenden Niveau beibehalten“, da diese „ein wesentliches Bindeglied zu den strategischen Nuklearstreitkräften darstellen (...) und so die transatlantische Bindung stärken.“

Die Nukleare Teilhabe nicht-nuklearer NATO-Mitglieder wird wie folgt begründet: „Ein glaubwürdiges nukleares Streitkräftedispositiv des Bündnisses und die Demonstration von Bündnissolidarität und gemeinsamem Bekenntnis zur Kriegsverhinderung erfordern auch in Zukunft breite Teilhabe in die kollektive Verteidigungsplanung involvierter europäischer Bündnispartner an nuklearen Aufgaben, der Stationierung von Nuklearstreitkräften auf ihrem Hoheitsgebiet im Frieden und an Führungs-, Überwachungs- und Konsultationsvorkehrungen.“

Das nukleare Dispositiv, auf das die NATO zurückgreifen kann, besteht derzeit aus drei Elementen, die von den USA und Großbritannien bereitgestellt werden:¹⁰

- Britischen und U.S.-amerikanischen Raketen-U-Booten mit weitreichenden Trident-II-Raketen und strategischen Nuklearsprengköpfen, die in Krise und Krieg dem Oberkommandierenden der NATO unterstellt werden können.¹¹
- Rund 100 von ehemals 325 seegestützten Marschflugkörpern (SLCM) vom Typ Tomahawk, die aufgrund der Presidential Nuclear Initiatives von 1991/92

⁸ Eine solche Analyse kann nur innerhalb der klassischen Abschreckungslogik der NATO erfolgen und diese im Blick auf die jeweiligen Fragestellungen darauf untersuchen, ob sie konsistent angegangen werden. Eine Infragestellung der Grundannahmen der Abschreckungslogik ist - auch wenn sie angebracht wäre - für die Fragestellung dieses Beitrags nicht weiterführend oder hilfreich. In ihm geht es um eine immanente Kritik.

⁹ Vgl. <http://www.nato.int/docu/pr/1999/p99-065d.htm>

¹⁰ Frankreich ist nach Jahrzehnten der Abstinenz zwar in militärische Integration der NATO zurückgekehrt, führt aber seine Nuklearstreitkräfte weiterhin ausschließlich national. Seine Nuklearwaffen bilden ein eigenständiges Abschreckungspotential, das die Kalkulation der Reaktion der NATO für einen potentiellen Gegner - nach französischer Lesart - weiter erschwert.

¹¹ Die britischen Boote tragen neben strategischen auch eine kleine Zahl nicht-strategischer Nuklearsprengköpfe.

- 100-200 in Europa gelagerten substrategischen Nuklearbomben der Typen B-61-3 und B-61-4 zum Einsatz mit nuklear und konventionell, also doppelt verwendbaren Flugzeugen (Dual Capable Aircraft - DCA), sowie weiteren Bomben aus der gleichen Waffenfamilie, die zur Verstärkung aus den USA nach Europa gebracht werden könnten.

Die freifallenden nuklearen Bomben der USA sind in Belgien, Deutschland und den Niederlanden (je 10-20), Italien (70-90) und möglicherweise in der Türkei (0-50) stationiert.¹² In den ersten vier Ländern halten die nationalen Luftwaffen jeweils eine gewisse Anzahl an DCA in abgestufter Bereitschaft vor, die als Nuklearwaffenträger der NATO genutzt werden können. In Deutschland ist dies beim Jagdbombergeschwader 33 in Büchel der Fall. Die türkische Luftwaffe stellte früher DCA für den NATO-Einsatz, nimmt diese Rolle aber heute wohl nicht mehr wahr.¹³

Die Nuklearwaffen der NATO in Europa (2010)

Flugplatz	Land	Unterflur- magazine	Waffen ge- lagert (geschätzt)	Waffen lagerbar (max)	Einheiten
Büchel	D	11	10-20	44	Jabo-Geschwader 33 der Bundeswehr (Tornado-IDS), 702 MUNSS* der USAF
Kleine Brogel	BE	11	10-20	44	10. Taktisches Geschwader der Belgischen Luftwaffe (F-16), 701 MUNSS
Volkel	NL	11	10-20	44	1. Jagdbombergeschwader der Holländischen Luftwaffe (F-16), 703. MUNSS
Aviano	IT	18	50	72	31. Jagdbombergeschwader der U.S.-Luftwaffe (F-16)aktiv
Ghedi-Torre	IT	11	20-40 (künftig 0?)	44	6. Geschwader der Italienischen Luftwaffe (Tornado-IDS), 704. MUNSS
Incirlik	TR	25	0-50	100	Nuklearwaffenlager aktiv, gelegentliche Stationierung von DCA der USA möglich
Spangdahlem	D	---	---	---	38th & 52nd MMG*(zuständig für alle MUNSS)
Gesamt:	NATO	87	100-200	392	

* MUNSS steht für Munitions Support Squadron, MMG für Munitions Maintenance Group

¹² Der Türkei kommt im Dispositiv der NATO eine Sonderrolle zu, über die nur wenig Definitives bekannt ist. Für eine genauere Betrachtung siehe den Exkurs in diesem Beitrag.

¹³ Unter dem Kürzel SNOWCAT (Support of Nuclear Operations With Conventional Air Tactics) ermöglicht die NATO heute eine erweiterte Beteiligung an nuklearen Operationen. Länder wie Griechenland und die Türkei können durch die Bereitstellung begleitender Jagdflugzeuge mitwirken, obwohl sie selbst nicht mehr über Trägerflugzeuge verfügen.

Quellen: FAS, NRDC, BITS. Seit einigen Jahren gibt es Gerüchte, dass die U.S.-Luftwaffe die Nuklearwaffen in Italien in Aviano konsolidiert lagern möchte. Ob und wie viele Nuklearwaffen derzeit tatsächlich in der Türkei gelagert werden, ist unbekannt.

Der Bereitschaftsgrad der nuklearfähigen Luftwaffeneinheiten in Europa ist derzeit niedrig. Bis zur Wiederherstellung der vollen Einsatzbereitschaft würden Monate vergehen.¹⁴ Alle technischen Komponenten dieses substrategischen Potentials bewegen sich in diesem Jahrzehnt auf das Ende ihrer technischen Lebensdauer zu. Trägersysteme, Nuklearwaffen und die Lagersysteme (WS³-Vaults / Unterflurmagazine) für die Bomben müssen beginnend in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts oder spätestens im nächsten lebensdauerverlängernd modernisiert oder ersetzt werden.¹⁵

Im Rahmen der nuklearen Teilhabe können alle nicht-nuklearen NATO-Mitglieder an den nuklearen Aufgaben der Allianz partizipieren. Im Kontext der technisch-nuklearen Teilhabe stellen vier nicht-nukleare NATO-Länder Trägerflugzeuge und ausgebildete Piloten zur Verfügung, die im Kriegsfall und nach Freigabe durch den U.S.-Präsidenten U.S.-Nuklearwaffen einsetzen können.¹⁶ Gleichzeitig erlauben sie die Stationierung atomarer Waffen auf ihrem Territorium. Die rechtliche Zulässigkeit dieses Arrangements im Rahmen des Nichtverbreitungsvertrages (NVV, Artikel I+II) wird von der Mehrheit der NVV-Mitglieder in Frage gestellt, da es im Kriegsfall zur Folge haben könnte, dass Soldaten aus einem nicht-nuklearen NVV-Mitgliedstaat im Rahmen der NATO die Verfügung über U.S.-Nuklearwaffen erlangen und diese einsetzen würden.¹⁷

Die politische nukleare Teilhabe ermöglicht allen NATO-Staaten die Mitarbeit in der Nuklearen Planungsgruppe und den nachgeordneten Arbeitsstrukturen sowie an Konsultationen zu Fragen der Nuklearstrategie, des nuklearen Dispositivs und eines

¹⁴ „In einem ersten größeren Schritt der Lockerung wurde 1995 der Bereitschaftsgrad der doppelt verwendbaren Flugzeuge substantiell reduziert, sodass [die Zeit bis zur Herstellung] der Nuklearbereitschaft eher in Wochen als in Minuten zu messen war. 2002 wurden die Bereitschaftsanforderungen an diese Flugzeuge in einem zweiten Schritt weiter reduziert, sodass sie heute in Monaten gemessen wird.“ Vgl.: NATO: NATO's Nuclear Forces in the New Security Environment, Factsheet, Brussels, 24.1.2008.

¹⁵ Die technische Lebensdauer der bereits einmal modernisierten Vaults ist auf das Jahr 2017 ausgelegt; vom gleichen Jahr an sollen die nuklearen Bomben des Typs B-61 modernisiert werden. Die verschiedenen Trägerflugzeuge müssen zu unterschiedlichen Zeitpunkten modernisiert oder abgelöst werden.

¹⁶ In Deutschland ist dies mit einer rechtlichen Absurdität verbunden: Das Verteidigungsministerium hielt in einer Neufassung der "Druckschrift Einsatz Nr. 03 Humanitäres Völkerrecht in bewaffneten Konflikten", einer Taschenkarte für Soldaten der Bundeswehr im Juni 2008 klar fest: "Insbesondere der **Einsatz folgender Kampfmittel** ist deutschen Soldaten bzw. Soldatinnen in bewaffneten Konflikten **verboten**: Antipersonenminen, **atomare Waffen**, biologische Waffen und chemische Waffen". (Hervorhebung durch den Verfasser). Im Klartext: Die Ausbildung und das Training deutscher Piloten für den Einsatz nuklearer Waffen dient einer Fähigkeit, die die Bundesregierung als durch das humanitäre Völkerrecht verboten bewertet. Das Training des Verbotenen ist Dienstpflicht, die Ausführung des Gelernten im Krieg ein Verbrechen. Da die Bundesregierung bislang an der technisch-nuklearen Teilhabe festhält, bedeutet das für die Piloten: Im Kriegsfall müssten sie einen nuklearen Einsatzbefehl seitens der NATO verweigern. Zur Verweigerung rechtswidriger Befehle verpflichtet sie das Soldatengesetz. Folgen sie dem Befehl trotzdem, machen sie sich strafbar. Wie diese Logik mit der Fürsorgepflicht des staatlichen Dienstherrn und der Sicherstellung von Rechtssicherheit in Übereinstimmung zu bringen ist, bleibt das Geheimnis des BMVg. Vgl.:

<http://www.bits.de/public/articles/tagesschau100708.htm>

¹⁷ Vgl.: <http://www.bits.de/public/pdf/rr00-2.pdf>

potentiellen Nuklearwaffeneinsatzes. Auch für den potentiell politisch heikelsten Fall einer NATO-Entscheidung, den Ersteinsatz nuklearer Waffen, sind Konsultationen vorgesehen, wenn „Zeit und Umstände“ dies erlauben. Zur Teilnahme berechtigt sind alle Bündnismitglieder – unabhängig von ihrer Beteiligung an der technisch-nuklearen Teilhabe.¹⁸ Dafür hat die NATO 1992 in Gleneagles "Politische Prinzipien für Nukleare Planung und Konsultation" vereinbart.

Im Strategischen Konzept 1999 und dem zugehörigen Militärausschuss-Dokument MC 400/2 verzichtete die NATO darauf, die Rolle nuklearer Waffen als „letztes Mittel“ zu beschreiben, wie sie es 1990 in der Londoner Erklärung¹⁹ noch getan hatte. Ein Verzicht auf den Ersteinsatz dieser Waffen wurde ebenfalls nicht ausgesprochen, unter anderem, weil die USA sich einen nuklearen Ersteinsatz in ihrer nationalen Nuklearstrategie vorbehalten und so ein eklatanter Gegensatz zwischen U.S.- und NATO-Strategie vermieden werden konnte. Explizit befürwortet oder erwähnt wird diese Option im Strategischen Konzept der Allianz jedoch auch nicht.

Dem nuklearen Dispositiv kommt in der deklaratorischen Politik der Allianz eine primär politische Rolle zu. Dies wurde auf der Ebene praktischer Politik in gewisser Weise dadurch unterstrichen, dass der größte Teil der substrategischen Nuklearwaffen der Allianz an Standorten verblieb, von denen aus die Trägerflugzeuge erkennbar keine militärisch relevanten Ziele erreichen können.²⁰

Von militärischer Relevanz wären im Kriegsfall heute vor allem die U-Boot-gestützten Anteile des NATO-Dispositivs, sowie jene substrategischen Nuklearwaffen, die vielleicht noch in der Türkei gelagert werden.²¹ Deren mögliche militärische Funktion im Kontext militärischer Operationen gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen im Nahen und Mittleren Osten ist aber nur im Rahmen der nationalen U.S.-Strategie eine Option, die unter Bill Clinton eröffnet und unter George W. Bush verstärkt offen gehalten wurde. Die NATO übernahm eine solche Aufgabenstellung – soweit öffentlich bekannt – nicht.²²

Im Kern besteht das nukleare Dispositiv also aus strategischen und substrategischen Waffen, die beide zur Abschreckung beitragen sollen, jeweils aber auch für sich genommen eine abschreckende Wirkung haben können.

¹⁸ Dabei soll der Position der Länder besonderes Gewicht zukommen, die von einem Nuklearwaffeneinsatz besonders betroffen sind, weil sie nuklear angegriffen wurden, das Ziel des Einsatzes sind, Flugzeuge oder Flugplätze für den Einsatz stellen oder andere Formen besonderer Betroffenheit vorliegen.

¹⁹ Vgl. http://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_23693.htm

²⁰ Die Entfernung von Büchel nach St. Petersburg beträgt rund 1.800 km, die nach Kaliningrad über 1.000 km. Das Argument, die Reichweite der Trägerflugzeuge in Deutschland, Belgien und den Niederlanden könne durch Luftbetankung fast beliebig erweitert werden, ist wahrscheinlich unzutreffend. Eine Luftbetankung nuklear bewaffneter Flugzeuge sollte sich aus Sicherheitsgründen von selbst verbieten und wird höchstwahrscheinlich nicht mehr praktiziert. Die in Italien gelagerten Waffen befinden sich in Norditalien und sind somit ebenfalls nicht in Reichweite relevanter militärischer Ziele. Auch das künftig geplante Folge-DCA, der Joint Strike Fighter (JSF), wird daran kaum etwas ändern. Sein Gefechtsradius beträgt nach derzeitiger Planung je nach Version 900-1.150 Kilometer.

²¹ Die Entfernung von Incirlik in den Nordkaukasus beträgt rund 1.000 km.

²² Zur Diskussion in der NATO und zur Arbeit der Senior Defence Group on Proliferation und der Senior Politico-Military Group on Proliferation der Allianz in den 1990er Jahren vgl. Jeffrey A. Larsen: NATO Counterproliferation Policy – A Case Study in Alliance Policy, U.S. Air Force Institute for Strategic Studies, INSS Occasional Paper 17, U.S. Air Force Academy, Colorado, November 1997.

2. Washingtoner Vorgaben – Der NPR 2010

Mit dem Nuclear Posture Review hat die Regierung Barack Obamas im April 2010 eine Blaupause der künftigen Nuklearpolitik der USA vorgelegt. Da die USA weiterhin der dominante NATO-Partner sind und das Gros der nuklearen Fähigkeiten stellen, bildet der NPR einen Rahmen, innerhalb dessen die NATO-Mitglieder Überlegungen zur künftigen Rolle nuklearer Waffen in der NATO anstellen können. Die Nuklearstrategie des Bündnisses kann zwar von der nationalen Nuklearstrategie Washingtons punktuell abweichen, darf diese aber nicht konterkarieren. Deshalb lohnt ein Blick auf die Kernaussagen des NPR 2010.

Der NPR 2010 nimmt Obamas Zielvorstellung von einer nuklearwaffenfreien Welt explizit auf und stellt zudem fest, dass es „im Interesse der USA und aller anderen Nationen“ liege, wenn die „fast 65 Jahre andauernde“ Praxis, „Nuklearwaffen nicht einzusetzen, auf ewige Zeiten ausgedehnt werden“ könnte. Die „fundamentale Aufgabe und Rolle“ nuklearer Waffen sei es, „einen nuklearen Angriff auf die USA, ihre Alliierten und Partner abzuschrecken“. Ziel sei es, die Rolle nuklearer Waffen weiter zu reduzieren, so dass die Abschreckung eines Nuklearangriffs künftig die „einzige Aufgabe“ nuklearer Waffen werde. Vorerst müsse jedoch an der Option eines Nuklearwaffeneinsatzes noch festgehalten werden, um „unter extremen Umständen die vitalen Interessen der USA, ihrer Verbündeten und Partner zu verteidigen.“

Die sogenannte Negative Sicherheitsgarantie für die nichtnuklearen Mitglieder des Atomwaffensperrvertrags²³ wird im NPR 2010 neu und klarer gefasst: Die „Vereinigten Staaten werden Staaten, die nicht-nukleare Mitglieder des Nichtverbreitungsvertrages sind und ihre nuklearen Nichtverbreitungsverpflichtungen erfüllen, nicht mit dem Einsatz nuklearer Waffen drohen oder Nuklearwaffen gegen diese Staaten einsetzen.“ Die Garantie gilt explizit auch, wenn einer dieser Staaten biologische oder chemische Waffen einsetzen sollte.²⁴ Rechnen müssen mit der nuklearen Drohung Washingtons künftig also nur noch Nuklearmächte und Staaten, die ihre Verpflichtungen aus dem NVV nicht einhalten. Gemeint sind Länder wie Nordkorea und der Iran. Gegen diese Staaten behält sich Washington auch das Recht vor, auf einen Einsatz von B- und C-Waffen nuklear zu reagieren. Dies ist ein indirekter Hinweis darauf, dass die USA sich den Ersteinsatz nuklearer Waffen auch weiterhin vorbehalten. Explizit kommt dieser Vorbehalt im NPR 2010 jedoch nicht vor.

Eine deutliche Reduzierung der Rolle nuklearer Waffen findet vorläufig nur in der deklaratorischen Politik Washingtons statt. Bis sie ihren Niederschlag in militärischen Vorschriften, Ziel-, Operations- und Eventualfallplänen des Militärs finden wird, werden noch etliche Jahre vergehen. Zudem sind erneute Änderungen der deklaratorischen Nuklearpolitik durch künftige U.S.-Regierungen natürlich möglich.

Der NPR erlaubt auch einen Blick in die Zukunft der nuklearen Kräfte der USA, die zum Dispositiv der NATO-Nuklearabschreckung gehören. Er macht dafür die folgenden planerischen Vorgaben:

²³ International wird der Atomwaffensperrvertrag als Nichtverbreitungsvertrag (NVV) bezeichnet.

²⁴ Für den Fall eines technologischen Durchbruchs im Blick auf die Einsetzbarkeit und Wirksamkeit biologischer Kampfstoffe behält sich die Regierung Obama im NPR eine Rückkehr zur bisherigen Politik vor.

- Etwa 100 verbliebene seegestützte Marschflugkörper vom Typ Tomahawk sollen außer Dienst gestellt werden.
- Die 14 strategischen Raketen-U-Boote mit je 24 Trident-II-Raketen bleiben zunächst aktiv. Infolge des neuen START-Vertrages werden sie künftig aber nur noch 20 Raketen tragen. Zudem soll 2011 entschieden werden, ob zwei Boote ihre nukleare Aufgabe verlieren. Die Entwicklung eines Raketen-U-Boots (SSBN) neuer Generation ist angelaufen. Ab 2019 soll es gebaut werden. Damit soll eine „ununterbrochene strategische Abschreckung bis in die 2080er Jahre“ sicher gestellt werden.²⁵ Die Trident-Raketen der U-Boote sollen modernisiert bis 2042 im Dienst bleiben. Die Modernisierung ihrer Sprengköpfe wird fortgeführt. Auch Großbritannien plant mit technischer Hilfe aus den USA, eine neue Generation Raketen-U-Boote zu bauen. Die seegestützte strategische Komponente des nuklearen Dispositivs der NATO soll somit noch auf Jahrzehnte modern gehalten werden.
- Der NPR sieht zudem eine umfassende Modernisierung der substrategischen Nuklearwaffen vor. Das betrifft beide wesentliche Komponenten: Mit einer nuklearfähigen Version des Joint Strike Fighter (JSF) soll ein Nachfolger für die heutigen DCA (F-16, F-15E) entwickelt und gebaut werden.²⁶ Die in Europa gelagerten U.S.-Atombomben der Versionen B-61-3 und B-61-4 sollen modernisiert werden. Gemeinsam mit der strategischen Version B-61-7 und einer weiteren taktischen Version, der B61-10, sollen sie durch ein neues Modell, die B-61-12, abgelöst werden. Fast 2 Milliarden U.S.-Dollar sind derzeit für die Haushaltsjahre 2011-2015 für eine Machbarkeitsstudie und den Einstieg in Entwicklung und Bau der neuen Version in die Planung eingestellt. Weitere Milliarden müssen in den Folge-Jahren bis zum geplanten Programmende 2021/22 fließen, denn die neue Bombe kann frühestens ab 2017/18 als Bewaffnung für Jagdbomber und Langstreckenbomber bereitgestellt werden. Der bisher bestehende Unterschied zwischen taktischen und strategischen Versionen der B-61 würde mit der neuen Version hinfällig.

Die als Lebensdauererlängerung bezeichnete Planung für die B-61-12 ist weit mehr als nur das. Vier Wochen nach Veröffentlichung des NPR beantragte die zuständige NNSA (National Nuclear Security Administration) eine Erhöhung der für das Jahr 2011 beantragten Haushaltsmittel. Anfang Mai 2010 wurden die zuständigen Kongressausschüsse informiert, dass im Haushaltsjahr 2011 rund 53,5 Millionen Dollar zusätzlich eingestellt werden sollen, um 2017 den ersten neuen Sprengkopf vom Typ B-61-12 vorweisen zu können. Rund 19 der zusätzlichen Millionen sollen dazu dienen, die Machbarkeit einer Modernisierung der nuklearen Komponenten der Bomben zu untersuchen. Das Vorhaben schließt ein, „den Primary (primären Fusions Sprengsatz) der B-61 neu aufzubauen, ein vorhandenes Pit (den nuklearen Kern) der B-61

²⁵ Vgl.: http://www.senate.gov/~armed_services/statemnt/2010/03%20March/Johnson%2003-17-10.pdf

²⁶ An diesem Programm beteiligen sich mit Italien und den Niederlanden zwei der vier Länder, die derzeit in der NATO Trägerflugzeuge für die technisch-nukleare Teilhabe bereitstellen, sowie mit der Türkei ein Land, das diese Aufgabe früher einmal wahrnahm. Die endgültige Entscheidung zur Entwicklung einer nuklearfähigen Variante dieses Flugzeugs ist bislang nicht getroffen worden. Ebenso ist noch unklar, welche europäischen NATO-Staaten diese letztlich beschaffen werden.

wiederzuverwenden sowie das canned subassembly (mit der Interstage / Zwischenstufe und dem Secondary, dem sekundären nuklearen Fissionssprengsatz) der B61 ebenfalls wiederzuverwenden oder neu aufzubauen.“²⁷ Arbeiten an den nuklearen Komponenten der Bombe B-61-12 hatte der Kongress im vergangenen Jahr explizit von seiner gesonderten Zustimmung sowie weiteren unabhängigen Studien abhängig gemacht. Sie sind außerdem nur zulässig, wenn der Präsident ihnen explizit zustimmt und dadurch entweder die Handhabungssicherheit (surety) oder die Sicherheit (security) der Waffe gesteigert bzw. die Notwendigkeit nuklearen Testens verringert werden kann.²⁸

Barack Obama hatte noch im April im NPR klargestellt: „Die Vereinigten Staaten werden keine neuen Nuklearsprengköpfe entwickeln und auch keine neuen militärischen Aufgaben oder neue Fähigkeiten für Nuklearwaffen verfolgen.“ Falls der Kongress planen sollte, der Finanzierung zuzustimmen, muss der Präsident entscheiden, ab wann eine modernisierte Atomwaffe zu einer neuen Nuklearwaffe oder zu einer Waffe mit neuen Fähigkeiten wird. Unterschiede zu den Plänen für eine Ablösung der B-61 im Rahmen einer neuen Generation verlässlicher Ersatzsprengköpfe (RRWs), die Verteidigungsminister Robert Gates und der Chef der zuständigen NNSA, Thomas d’Agostino, schon unter George W. Bush verfolgten, sind nur schwer auszuma-

chen. Mit diesen beiden Modernisierungsentscheidungen werde sichergestellt, dass „die USA die Fähigkeit beibehalten, Nuklearwaffen in Erfüllung ihrer Bündnisverpflichtungen vorgeschoben zu stationieren“, hält der NPR fest. Dies „nimmt die Ergebnisse künftiger Entscheidungen in der NATO über die Notwendigkeit der nuklearen Abschreckung und der nuklearen Teilhabe nicht vorweg“, sondern halte „alle Optionen offen“. Die Modernisierung von Trägerflugzeugen und nuklearen Bomben durch die USA erfolge unabhängig davon, wie die NATO künftig entscheide. Washington stelle seinen Alliierten einen „glaubwürdigen U.S.-Nuklearschirm“ bereit, der aus den „strategischen Kräften der Triade, vorgeschoben-stationierten Nuklearwaffen in Schlüsselregionen und Nuklearwaffen in den USA besteht, die schnell vorgeschoben stationiert werden können“. Auch wenn die Gefahr eines nuklearen Angriffs sich auf „einem historischen Tiefstand“ befinde, trage „die Präsenz von U.S.-Nuklearwaffen in Verbindung mit den einzigartigen Arrangements der nuklearen Teilhabe (...) zum Zusammenhalt der Allianz bei“ und stelle „eine Rückversicherung für Verbündete und Partner dar, die sich regionalen Bedrohungen ausgesetzt fühlen.“ Änderungen sollen nur nach Diskussion in und „auf Entscheidung der Allianz“ erfolgen. Dies erfordert Einstimmigkeit und gibt den europäischen NATO-Mitgliedern die Möglichkeit, einen Abzug der sub-strategischen Nuklearwaffen aus Europa, aber auch die Stationierung neuer, modernisierter Waffen durch ein Veto zu verhindern.

Verbesserte regionale Sicherheitsarchitekturen, zu denen eine effiziente Raketenabwehr, Fähigkeiten, den Einsatz von Massenvernichtungswaffen zu bekämpfen, konventionelle Fähigkeiten zur Machtprojektion und eine integrierte Kommandostruktur gehören, seien „entscheidend, wenn man sich auf eine Welt ohne Nuklearwaffen zu

²⁷ Vgl.: http://www.lasg.org/B61-reprog_req.pdf Im Deutschen gibt es nicht immer übliche Begriffe für die Komponenten nuklearer Waffen; deshalb stehen in den Klammern Erklärungen des Autors.

²⁸ Eines dieser drei weichen Kriterien zu erfüllen oder als erfüllt zu behaupten, dürfte nicht schwer fallen. Telefonische Auskunft von Thomas d’Agostino gegenüber dem Autor am 6.4.2010.

bewegt“, heißt es im NPR. Dieser Gedanke findet sich auch im Ballistic Missile Defense Review (BMDR) 2010²⁹, einem weiteren aktuellen Planungspapier aus dem Pentagon. Dort stellt die Regierung Obama ausführlich dar, wie sie sich den stufenweisen Ausbau einer Raketenabwehr in Europa im kommenden Jahrzehnt vorstellt, und argumentiert für einen konditionalen Zusammenhang zwischen einer Stärkung der Raketenabwehr und einer verringerten Rolle nuklearer Waffen: „Gegen nuklear bewaffnete Staaten wird die regionale Abschreckung notwendigerweise auch [künftig] eine nukleare Komponente erfordern. Aber die Rolle der U.S.-Atomwaffen in diesen regionalen Abschreckungsstrukturen kann durch eine Stärkung der Rolle der Raketenabwehr und anderer Fähigkeiten reduziert werden.“

Seit George W. Bush's Nuclear Posture Review 2002³⁰ ist die nukleare Komponente nur noch ein Bestandteil der strategischen Gesamtabschreckung, die den USA militärische und politische Durchsetzungsfähigkeit und Dominanz garantieren soll. Weitere Bestandteile sind die Raketenabwehr und die Fähigkeit zu raschen konventionellen strategischen Angriffen auf Ziele weltweit, die Konzepte der Global Strikes und der Prompt Global Strikes. Die Regierung Obama befürwortet explizit den weiteren Aufbau sowohl der Raketenabwehr als auch einer Fähigkeit zu weitreichenden konventionellen Angriffen. Letztere sollen – so der NPR - einige der Aufgaben übernehmen, für die sich die Regierung Bush noch die nukleare Option offen hielt: die Reaktion auf Angriffe mit B- und C-Waffen durch nicht-nukleare Staaten und Aufgaben der präventiven und präemptiven militärischen Proliferationsbekämpfung (Counterproliferation), wenn solche Staaten oder nichtstaatliche Akteure wie z.B. Terroristen versuchen sollten, an nukleares Material oder nukleare Waffen zu gelangen.

Die Regierung Obama will das Konzept der neuen Triade, einer strategischen Abschreckung, die nicht nur aus nuklearen Komponenten besteht, auf regionale Abschreckungssysteme, also auf Europa und die NATO, den Nahen und Mittleren Osten sowie auf den Fernen Osten (Südkorea, Japan) übertragen. Dieses Vorhaben wäre mit weitreichenden Konsequenzen für die NATO verbunden, die im Weiteren etwas genauer untersucht werden sollen.

3. Auf dem Weg zu einer neuen NATO-Strategie – Mögliche Streitpunkte

Mit dem Nuclear Posture Review sind die USA für die Diskussion in der NATO in Vorlage getreten. Zu seinen zentralen Aussagen und Überlegungen müssen sich die anderen NATO-Länder nun verhalten. Dazu gibt er hinlänglich Anlass. Denn im Gegensatz zu der Arbeit am Strategischen Konzept der NATO 1999, das im nuklearen Bereich und im Blick auf die Abschreckungskonzeption lediglich eine Fortschreibung des zuvor gültigen Strategischen Konzeptes (Rom, 1991) darstellte, bricht der NPR 2010 mit etlichen traditionellen Sachverhalten und Denkweisen in der nuklearen Abschreckungskonzeption und stellt die NATO vor einige grundlegend neu zu bewertende Fragen. Insofern ähnelt die Aufgabe für der NATO bei der Erarbeitung ihres

²⁹ Vgl.: http://www.defense.gov/bmdr/docs/BMDR%20as%20of%2026JAN10%200630_for%20web.pdf

³⁰ Die öffentlich gewordenen Passagen des Dokumentes und wichtige kommentierende Interpretationen können in der Dokumentensammlung unter folgendem Link abgerufen werden:
<http://www.bits.de/main/npr2001.htm>

Strategischen Konzeptes 2010 eher der Phase von 1962-1968, als die Allianz sich nach einem Umbruch in der nationalen Nuklearstrategie der USA von den Vorstellungen der Massiven Vergeltung verabschieden musste und sich nach intensiver Diskussion und harten internen Friktionen³¹ für die Einführung einer neuen Strategie, der Flexiblen Antwort, entschied.³² Anlass zu einer gründlichen Diskussion sollten u.a. die folgenden inhaltlichen Aspekte geben:

3.1. Bedrohungsperzeption und Nuklearpotential

Die Bedrohungsperzeption des NPR muss hinterfragt werden. Der NPR 2010 erachtet den Zugriff von Terroristen auf Nuklearwaffen oder nuklearwaffenfähige Materialien als größte Bedrohung, gefolgt von staatlicher Proliferation. Die Aufrechterhaltung „strategischer Stabilität“ gegenüber den anderen Nuklearmächten (Russland, China etc.) wird erst als dritte Priorität genannt. In erkennbarem Widerspruch dazu orientieren sich die Aussagen zur Zukunft des nuklearen Dispositivs der USA im NPR aber an einer genau umgekehrten Rangfolge. Auch wenn man dem NPR zugute halten wollte, dass er ein Begründungsmuster für deutliche Schwerpunktsetzungen bei der Nichtverbreitungspolitik und ihren nicht-nuklearen oder gar nicht-militärischen Instrumenten liefern soll, muss man fragen, ob diese Bedrohungsperzeption sachlich gerechtfertigt oder vor allem politischer Opportunität, der innenpolitischen Debatte in den USA oder der Hoffnung auf eine breite internationale Vermittelbarkeit geschuldet ist. Wenn es größere Bedrohungen als die Nuklearwaffenpotentiale anderer Nuklearmächte gibt, dann müsste sich deren Priorität auch in der Ausgestaltung des künftigen nuklearen Dispositivs deutlich spiegeln. Dies ist – im Blick auf zusätzliche Abschreckungselemente wie die Raketenabwehr und Fähigkeiten zu Prompt-Global Strikes zu erkennen, nicht aber im Blick auf die nukleare Komponente des Abschreckungsdispositivs, das eigentlich in der Konsequenz deutlich verkleinert und in ihrer Rolle deutlicher zurückgestuft werden müsste. Hier bietet sich – je nach politischem Willen – künftigen U.S.-Regierungen die Wahlmöglichkeit, die Rolle nuklearer Waffen wieder auszuweiten oder tatsächlich weiter zu reduzieren. Die Regierung Obama gibt vor, mit der neuen Schwerpunktsetzung eine Verringerung der Rolle nuklearer Waffen erreichen zu wollen, wird aber mit ihren umfassenden nuklearen Modernisierungsplänen künftigen Regierungen der USA auch die Fähigkeiten an die Hand geben, die für eine erneute Ausweitung der Rolle nuklearer Waffen und möglicherweise für eine Absenkung der Einsatzschwelle erforderlich wären.

Als Illustration kann die Modernisierung der Bomben vom Typ B-61 dienen. Sie haben eine variable Sprengkraft, die auf Nuklearexplosionen im Subkilotonnenbereich (0,1 KT), im Kilotonnenbereich oder gar im Bereich mehrerer Hundert Kilotonnen³³ (wie bei strategischen Waffen) eingestellt werden kann. Wird diese Spannbreite im

³¹ Frankreich schied über diesen Diskussionen aus der militärischen Integration der NATO aus und das Hauptquartier der Allianz zog von Paris nach Brüssel um.

³² Dieser Vergleich bezieht sich nur auf den Charakter der Veränderungen in der Nuklearstrategie der NATO. Natürlich kam den Nuklearwaffen in der NATO zahlenmäßig und im Blick auf deren Rolle während der 1960er und 1970er Jahre eine deutlich essentiellere Bedeutung für die Bündnisstrategie zu als heute.

³³ Zum Vergleich: Die Atombombe, die Hiroshima zerstörte, besaß eine Sprengkraft von etwa 12,5 Kilotonnen.

Rahmen der Modernisierung beibehalten oder gar nach unten erweitert, so führt die Entwicklung der B-61-12 zu einer neuen Phase der bereits bekannten Diskussion über militärisch besser nutzbare „Mini-Nukes“, bei deren Einsatz Kollateralschäden bewusst minimiert werden können, sodass die Hemmschwelle gegen ihren Einsatz absinken könnte.

Ob die NATO der Bedrohungseinschätzung Washingtons folgen und die damit verbundenen Risiken eingehen will, muss also diskutiert werden.

3.2. Negative Sicherheitsgarantie

Eine zweite Problematik ergibt sich aus der veränderten Negativen Sicherheitsgarantie des NPR und der Forderung des Albright-Berichtes, die NATO solle diese übernehmen. Der Verzicht auf die Androhung oder Durchführung eines Nuklearwaffeneinsatzes bezieht sich nicht auf alle nicht-nuklearen Staaten, sondern nur auf jene, die NVV-Mitglieder sind und ihre Verpflichtungen aus dem NVV einhalten. Eine Übernahme dieser Garantie durch alle NATO-Mitglieder würde deshalb wichtige, auch völkerrechtsrelevante Fragen aufwerfen: Wer entscheidet, ob ein Staat seinen Verpflichtungen aus dem NVV nicht mehr nachkommt, also von dieser Garantie ausgenommen wird? Die USA, der NATO-Rat, die Internationale Atomenergie-Behörde oder die Vereinten Nationen?³⁴ Und auf welcher Grundlage? Muss ein eindeutiger Beweis für einen – wie schweren – Verstoß gegen die Verpflichtungen aus dem NVV vorliegen oder reicht ein Indizienbeweis oder gar eine begründete Vermutung aus? Aus den Erfahrungen über den Umgang mit dem Irak und dem Iran lässt sich die Gefahr einer voluntaristischen oder politisch-interessengeleiteten Fehlbeurteilung deutlich ableiten.

Auch wenn es lediglich die Absicht der Regierung Obama wäre, bei Proliferationsverdacht ein zusätzliches diplomatisches Druckmittel ins Spiel bringen zu können – das Risiko, künftig früh, indirekt oder direkt, in die Legitimationskette eines künftigen, potentiellen Waffengangs oder gar Nuklearwaffeneinsatzes hineingezogen zu werden, müsste die nicht-nuklearen Mitglieder der NATO – gerade angesichts der Geschichte der Bündnisdiskussion über die Counterproliferationspolitik – zu größter Vorsicht gegenüber diesem Vorschlag mahnen. Verstärkend kommt hinzu, dass künftige Regierungen in Washington nicht zwingend eine ähnlich multilateral orientierte Politik wie die Obama-Administration verfolgen müssen.

Würde die NATO eine Negative Sicherheitsgarantie aussprechen, so würde sie sich zudem wie eine Nuklearmacht verhalten. Negative Sicherheitsgarantien wurden bislang nur von Nuklearwaffenstaaten eingefordert bzw. ausgesprochen. Würde das Bündnis als Ganzes eine solche Garantie abgeben, so würde dies zwangsläufig den Eindruck verstärken, dass die Nukleare Teilhabe nicht-nukleare Mitglieder der Allianz oder die NATO selbst zu Quasi-Nuklearmächten macht und somit im Widerspruch zu den Artikeln I und II des NVV steht. Dieser Vorschlag ist somit entweder nicht voll-

³⁴ Diese Frage wirft der NPR gar nicht erst auf, da es in Washington selbstverständlich ist, dass diese Entscheidung vom U.S.-Präsidenten getroffen würde, der dafür die Unterstützung seitens internationaler Organisationen suchen kann, aber nicht muss.

ständig zuende gedacht oder – oder im Blick auf die nicht-nuklearen Mitglieder der NATO politisch vergiftet³⁵ und im Blick auf den NVV kontraproduktiv,

Aus deutscher Perspektive kommt ein weiterer Aspekt hinzu: Die Negative Sicherheitsgarantie des NPR 2010 entspricht nicht den Anforderungen des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung an eine solche Garantie, die vor der Überprüfungs-konferenz des NVV 2010 fraktionsübergreifend festgehalten wurden und die Nuklearmächte „zum verbindlichen Verzicht auf den Einsatz von Atomwaffen gegenüber Nichtnuklearwaffenstaaten“ auffordert und dabei keinerlei Ausnahmen kennt.³⁶ Die Bundesregierung müsste schon deshalb einer Übernahme der Negativen Sicherheitsgarantie aus dem NPR 2010 in das neue Strategische Konzept der NATO klar widersprechen.³⁷ Dabei kann argumentiert werden, dass eine solche Garantie zu den Privilegien der Nuklearmächte gehört. Zugleich hält dies auch die Option offen, der Aufnahme offensiver konventioneller militärischer Optionen zu Counterproliferationszwecken in die NATO-Strategie weiterhin eine Absage zu erteilen und somit völkerrechtlich nicht gedeckten präventiven bzw. präemptiven³⁸ Militärschlägen auch weiterhin zumindest im NATO-Kontext einen Riegel vorzuschieben.

3.3. Erweiterte und regionale Abschreckung

Eine dritte, mehrteilige Problemzone resultiert aus den Konzepten erweiterter Abschreckung und regionaler Abschreckung, die im NPR 2010 präsentiert und der NATO vorgeschlagen werden. Werden die nuklearen Instrumente der Abschreckung um andere strategische Elemente wie in Europa stationierte Raketenabwehrsysteme und weitreichende konventionelle, strategische Angriffsfähigkeiten erweitert, so hat dies für die europäischen NATO-Mitglieder relevante Konsequenzen: Sie werden aus russischer Perspektive ein Ort mit Fähigkeiten, die im Kontext der „strategischen Stabilität“ zu berücksichtigen sind. Waren es in den 1980er Jahren Pershing-II-Raketen und Marschflugkörper mit Reichweiten bis tief in das russische Kernland, die solche Sorgen auslösten, so könnten es künftig andere Waffensysteme sein: Raketenabwehrsysteme mit der Fähigkeit, russische Interkontinentalraketen abzuschießen oder – im Falle ihrer Stationierung in Europa – konventionelle Flugkörper mit der Fä-

³⁵ Das Risiko, dass der Eindruck erweckt wird, die Nukleare Teilhabe „erhebe“ die nicht-nuklearen NATO-Staaten in einen dem Status eines Nuklearwaffenstaates ähnlicheren Zustand als alle anderen nicht-nuklearen Staaten, fördern auch einige andere Argumente, die wiederholt – gedankenlos oder mit Absicht – benutzt werden. So argumentierte der CDU-Abgeordnete von Klaeden 2008: Atomwaffen seien "wichtig für unsere Sicherheit, damit wir uns nicht erpressbar machen von anderen Nuklearstaaten". Allerdings müsse für die hierzulande gelagerten Atomwaffen das "Zwei-Schlüssel-Prinzip" gelten - nach dem diese nur mit Zustimmung der Bundesregierung eingesetzt werden dürften. (Vgl.: http://www.bits.de/public/unv_a/unv-300608.htm). Vorschub leistet diesem Risiko auch das Argument, ein Abzug der substrategischen Waffen aus Europa würde „in der Allianz den Unterschied zwischen den nuklearen „Haves“ und Have Nots“ verschärfen.“ Vgl.: Oliver Thränert: NATO, Missile Defence and Extended Deterrence, in: Survival, Vol. 51, No.6, December 2009-January 2010, S.64

³⁶ Deutscher Bundestag, DS 17/1159, vgl.: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/011/1701159.pdf>

³⁷ Rein theoretisch könnte eine Übernahme in das Strategische Konzept auch so erfolgen, dass nur die nuklearen Mitglieder der Allianz die Garantie in dieser Form abgeben. Allerdings wäre auch dann wohl mit heftigem Widerstand Frankreichs zu rechnen, das hier einen Eingriff in seine Souveränität fürchten müsste, seine Nuklearpolitik jederzeit selbst und alleine festzulegen. Dieser Einwand gilt für jede Form der Übernahme.

³⁸ Beide Begriffe werden genannt, um keine Diskussion zu beginnen, ab wann ein Angriff, der einem geplanten gegnerischen Angriff vorausgeht, über das Recht der legitimen Selbstverteidigung nach Artikel 51 VN-Charta hinausgeht.

higkeit, Raketensilos oder andere strategische Ziele in Russland zu treffen.³⁹ Beides könnte russische Befürchtungen vor einem entwaffnenden Erstschlag oder einer empfindlichen Gefährdung der russischen Zweitschlagsfähigkeit wiederaufleben lassen. Das verdeutlichte bereits die Diskussion über die Raketenabwehrpläne George W. Bushs für Europa. Spätestens in der vierten Phase der durch die Regierung Barack Obama modifizierten Raketenabwehrplanung für Europa dürfte das Thema erneut virulent werden. Dann sieht auch diese Planung Fähigkeiten zum Abfangen von Langstreckenflugkörpern in Europa vor, so der BMDR.⁴⁰

Zugleich dürfte der Begriff „regionales Abschreckungssystem“ in Europa unguete Erinnerungen an die 1970er und 1980er Jahre wecken. Damals war es ein zentrales Anliegen z.B. der Bundesregierung unter Helmut Schmidt, die erweiterte nukleare Abschreckung der NATO so auszugestalten, dass sie möglichst von der globalen Abschreckung nicht abgekoppelt werden konnte. Ein regional begrenzter Nuklearkrieg sollte als praktisch unmöglich erscheinen. Beiden Supermächten sollte mit der Einführung von weitreichenden Mittelstreckensystemen wie der Pershing-II vor Augen geführt werden, dass in jedem Krieg zwischen NATO und Warschauer Vertragsorganisation auch ihr Territorium kein Sanktuarium darstellen würde. Dieses Interesse der europäischen nicht-nuklearen NATO-Staaten muss – trotz der heute sehr viel geringeren Wahrscheinlichkeit einer nuklearen Auseinandersetzung – im Grundsatz weiter existieren, zumindest aber so lange, wie die NATO über eine nukleare Abschreckung verfügt, zu der sowohl strategische als auch substrategische Fähigkeiten gehören. Erst die Existenz und Präsenz substrategischer Waffen eröffnet ja die Möglichkeit, einen Nuklearwaffeneinsatz auf Europa zu begrenzen und in den Kategorien eines regionalen Abschreckungssystems zu denken. Je größer die geographische Nähe von NATO-Staaten zu Russland ist, desto stärker müsste das Interesse wiegen, keine Möglichkeit eines regional begrenzten Atomkrieges zuzulassen. Gerade für jene Staaten, die in Russland einen potentiell aggressiven Nachbarn sehen, müsste es die größte Bedeutung haben, da sie ja der Möglichkeit einer militärischen Auseinandersetzung zwischen Russland und der NATO eine größere Wahrscheinlichkeit nachsagen als andere Länder im Bündnis. Insofern argumentieren die – meist neuen – NATO-Mitglieder, die sich einen Verbleib der substrategischen Nuklearwaffen der USA in Europa wünschen, gegen ihr ureigenes vitales Interesse. Gerade aus ihrer Sicht müsste gelten: Eine NATO-Nuklearabschreckung, die ausschließlich aus strategischen Systemen besteht, ist besser für die „strategische Stabilität“ und dafür, dass Krieg in Europa weiterhin allen Beteiligten als nicht führbar erscheint.⁴¹

³⁹ Einen wichtigen Teil der für solche Zwecke infragekommenden Trägersysteme – landgestützte Träger mit Reichweiten von 500-5.500 km - verbietet der INF-Vertrag aus dem Jahr 1987. Allerdings sind sowohl aus den USA als auch aus Russland wiederholt Stimmen laut geworden, die diesen Vertrag unter Verweis auf die Mittelstreckenraketenprogramme von Drittstaaten wie Iran, Pakistan, Indien oder China als einseitige Beschränkungen für Washington und Moskau kritisiert haben und deswegen wahlweise eine Multilateralisierung des INF-Vertrages oder dessen Aufkündigung gefordert haben. Die Auswirkungen auf die Diskussion über die „strategische Stabilität“ zwischen den USA und Russland wurden dabei jedoch meist nicht offensiv diskutiert oder kommuniziert.

⁴⁰ Ausführlicher zu diesem Thema s.u.

⁴¹ Die aus der Bedrohung durch Russland abgeleiteten Argumente der neuen NATO-Mitglieder, mit denen sie in der Diskussion um die NATO-Strategie für eine größere Rolle der Bündnisverteidigung, eine enge Anbindung der USA und den Verbleib der substrategischen Nuklearwaffen in Europa werben, weisen auch andere Inkonsistenzen auf. So ist dem Autor z.B. nicht bekannt, dass diese Länder sich massiv für einen Erhalt des WEU-Vertrages (der am 31.3.2010 auslief) oder für eine Übernahme

Vorstellungen eines regionalen Abschreckungssystems kann seitens der europäischen NATO-Staaten eigentlich nicht zugestimmt werden, ohne dass europäische NATO-Länder ihre eigenen Interessen gefährden und einer instabileren Abschreckungslogik folgen als der bestmöglichen.

Wesentliche Veränderungen bei der Beschreibung der Rolle nuklearer Waffen im neuen Strategischen Konzept der NATO sind angesichts dieser Rahmenbedingungen wenig wahrscheinlich. Der NPR 2010 beschreibt sie ähnlich wie das Strategische Konzept der NATO aus dem Jahr 1999. Sowohl das bisherige Strategische Konzept der NATO als auch der NPR nehmen nicht zu der Frage Stellung, ob und unter welchen Bedingungen die NATO respektive die USA sich die Option eines Ersteinsatzes offen halten. Durch die Einschränkung der Negativen Sicherheitsgarantie auf Länder, die keine Nuklearwaffen besitzen und ihre Verpflichtungen gemäß NVV einhalten, wird diese Option aber indirekt offen gehalten, weil er als Antwort auf einen B- oder C-Waffen-Einsatz durch ein solches Land weiter möglich bleibt. Einen Verzicht auf den Ersteinsatz nuklearer Waffen kann die NATO also weiterhin nicht aussprechen, ohne die nationale Nuklearstrategie der USA zu konterkarieren. Bleibt ein solcher Einsatz dagegen eine unausgesprochene Option, so wird ein weiterer potentieller Streitpunkt – die Bedingungen, unter denen ein Ersteinsatz denkbar wäre – in der NATO auch künftig unter den Teppich gekehrt.

4. Problemzone „Nukleare Abrüstung“

Mit dem neuen START-Vertrag wird die vertraglich vereinbarte, überprüfbare nukleare Abrüstung durch Russland und die USA wiederbelebt. Die Abrüstungsschritte, die dieser Vertrag Moskau und Washington für die nächsten Jahre auferlegt, fallen allerdings faktisch relativ klein aus. Die Hoffnung, dass unmittelbar nach Ratifizierung des Vertrages ein weiterer, weitreichenderer Vertrag ausgehandelt werden wird, dürfte sich als trügerisch erweisen. Die Einigung auf den künftigen Verhandlungsgegenstand kann sehr zeitraubend werden. Schon heute werden Anforderungen an die künftigen Gespräche formuliert, die deren Zustandekommen und deren Erfolg verkomplizieren dürften. Diese Forderungen werden zum einen im Kontext der U.S.-Diskussion über die Ratifizierung des neuen START-Vertrages im Senat laut, für die die Regierung Obama angesichts der erforderlichen Zweidrittelmehrheit zumindest acht Stimmen aus dem republikanischen Lager benötigt. Sie zu gewinnen, ist zwar angesichts der begrenzten Tragweite des Vertrages nicht unmöglich, zugleich aber eine Frage des politischen Preises. Die künftige Modernisierung der Nuklearwaffen der USA und die Einbeziehung substrategischer und nicht-stationierter Nuklearwaffen in künftige Verhandlungen zwischen Washington und Moskau könnten von republikanischer Seite zu einem Teil dieses politischen Preises gemacht werden, da sie auf Unterstützung aus Außen-, Verteidigungs- und Energieministerium rechnen können.

Laut werden solche Forderungen auch im Kontext der Diskussion über die neue NATO-Strategie. Dem Bündnis gelang es im Vorfeld der Überprüfungskonferenz des

der rechtlich bindenden militärischen Beistandsverpflichtung aus diesem Vertrag in den Lissabonner EU-Vertrag eingesetzt hätten. Ihnen war die vorrangige Zuständigkeit der NATO für die europäische Sicherheit offensichtlich wichtiger - trotz der viel weicheren Beistandsverpflichtung in der NATO.

NVV nicht, sich auf einen Verzicht oder auf eine Reduzierung der in Europa gelagerten substrategischen Nuklearwaffen zu einigen oder die Beendigung der technisch-nuklearen Teilhabe in Aussicht zu stellen. Die Möglichkeit, ein eigenständiges, Nichtverbreitung und nukleare Abrüstung stärkendes Signal an die Überprüfungskonferenz zu senden, blieb damit ungenutzt. Gleichwohl wollen viele NATO-Mitglieder, dass die Allianz Nichtverbreitung und nukleare Abrüstung wieder verstärkt als Aufgabenbereiche des Bündnisses versteht und die Dynamik nutzt, die sich aus dem neuen START-Vertrag und der Wiederbelebung der vertraglich vereinbarten Abrüstung ergeben könnte. Wie stark und mit welchen praktischen Folgewirkungen sich diese Absicht im neuen Strategischen Konzept niederschlagen wird, ist derzeit noch nicht absehbar. Prognostizierbar sind dagegen die wichtigsten neuen Hürden auf dem Weg zu weitreichenderen Abrüstungsgesprächen:

- Im NPR, im BMDR und in den Äußerungen Hillary Clintons in Tallinn deutet sich an, dass eine weitere Reduzierung der Rolle und Zahl nuklearer Waffen in Europa in Washington nur angedacht werden soll, wenn zugleich eine Stärkung der Raketenabwehr- und anderer konventioneller Fähigkeiten erfolgt. Eine solche Konditionierung kann einerseits zu jahrelangen Verzögerungen führen, weil in der NATO keine Einigkeit über Bedeutung, Umfang und Finanzierung einer territorialen Raketenabwehr in Europa erzielt werden kann. Sie kann andererseits von den USA aber auch als Druckmittel und Hebel eingesetzt werden, um eine Aufwertung der Raketenabwehr zu einer zentrale Aufgabe („mission“) der NATO zu erzwingen und skeptische europäische NATO-Staaten zu einer raschen, unzulänglich durchdachten, weitgehenden Übernahme der veränderten abschreckungspolitischen und nuklearstrategischen Vorstellungen Washingtons zu drängen.
- Erhebliche zeitliche Verzögerungen für weitergehende Abrüstungsschritte können zudem daraus resultieren, dass substrategische und nicht-stationierte Nuklearwaffen Gegenstand des nächsten Vertrages über nukleare Abrüstung werden sollen. Hillary Clinton und ihre Mitarbeiter vertraten diese Auffassung sowohl während der Diskussion über die Ratifizierung des neuen START-Vertrages als auch während der Tagung der NATO-Außenminister in Tallinn. Diese Position ist problematisch, weil sie zum einen die Einigung mit Moskau auf den Verhandlungsgegenstand der künftigen Vertragsgespräche erheblich erschweren kann. Zum anderen zwänge sie Russland und die USA, schon in der nächsten Runde abrüstungspolitischer Gespräche, rüstungskontrollpolitisches und verifikationstechnisches Neuland zu betreten: Bislang gab es noch nie Rüstungskontrollgespräche mit dem Ziel eines Vertrages, der atomare Sprengköpfe und Bomben zahlenmäßig begrenzen sollte. Verifikationsmechanismen für Gefechtsköpfe und Bomben, deren Außerdienststellung und Delaborierung sowie die für die Überprüfung erforderlichen Transparenzmaßnahmen mussten nie ausgehandelt werden, weil alle bisherigen Obergrenzen für nukleare Sprengköpfe rein rechnerischer Natur waren. Jedem Trägersystem wurde eine bestimmte, teils künstliche Gefechtskopfzahl zugeordnet.⁴² Alle

⁴² Der START-1-Vertrag und der Neue START-Vertrag illustrieren, was dies bedeuten kann: Im START-1-Vertrag wurden jedem strategischen Bomber, der Marschflugkörper tragen konnte, rechnerisch 10 Nuklearwaffen zugerechnet, unabhängig davon ob er real 6, 12, 16 oder mehr dieser Waffen

bisherigen Verhandlungen und Verträge hatten deshalb die großen, weithin sichtbaren Trägersysteme zum Gegenstand, deren Vorhandensein oder Zerstörung vergleichsweise leicht schon mittels nationaler technischer Mittel (wie z.B. Satelliten) zu überprüfen ist.⁴³ Die Existenz oder Nichtexistenz nuklearer Sprengköpfe musste bislang nicht verifiziert werden, da man sie den jeweiligen Trägersystemen zurechnete und zugleich Potentiale nicht-stationierter Sprengköpfe zuließ. Würde man versuchen, beide Probleme zufriedenstellend lösen, so wäre dafür (und für die Ratifizierung der Lösung) sicher erheblich mehr Zeit erforderlich als für die Aushandlung eines weiteren nuklearen Abrüstungsabkommens bisheriger Struktur.⁴⁴ Werden strategische und substrategische Abrüstung dagegen verkoppelt, so verlangsamt dies voraussichtlich die nächsten Abrüstungsschritte für beide Waffenkategorien erheblich und zeitigt damit wahrscheinlich auch negative Auswirkungen auf die Zukunft des NVV und die Stärkung der nuklearen Nichtverbreitung.⁴⁵

Hier bitte den angehängten Kasten zu russischen Nuklearwaffen ins Layout einfügen

- Forderungen der NATO-Expertengruppe unter Madeleine Albright und Hillary Clintons in Tallinn, eine weitere Reduzierung der substrategischen Nuklearwaffen der NATO von mehr Transparenz Russlands im Blick auf seine substrategischen Waffen, deren Verlegung weg von den Außengrenzen der NATO⁴⁶ und/oder weiteren Zugeständnissen Moskaus abhängig zu machen, dürften ebenfalls eine verzögernde Wirkung im Blick auf weitergehende nukleare Abrüstungsschritte haben. Die mangelnde Transparenz Moskaus dient

tragen konnte. Strategische Bomber, die atomare Bomben tragen sollten, wurden unabhängig davon, wie viele Bomben an Bord genommen werden konnten, als eine Nuklearwaffe gezählt. Der Neue START zählt alle strategischen Bomber unabhängig von ihrer Bewaffnung als je eine Waffe. Ein Vergleich der beiden Verträgen ergibt: Allein über die Zählweise können einige Hundert Nuklearwaffen „rechnerisch abgerüstet“ werden.

⁴³ Der Zeitbedarf und die absehbaren Schwierigkeiten bei der Bearbeitung solchen Neulandes dürften die Präsidenten George H.W. Bush, Michail Gorbatschow und Boris Jelzin Anfang der 1990er Jahre mit dazu veranlasst haben, die ersten großen Abrüstungsschritte im Bereich der taktischen bzw. substrategischen Nuklearwaffen auf Basis gegenseitiger, politisch verbindlicher Zusagen zu vereinbaren, die durch wechselseitig einseitige praktische Abrüstungsschritte umgesetzt wurden - die sogenannten Presidential Nuclear Initiatives (PNIs). Mittels dieser Initiativen wurden schon bald nach Ende des Kalten Krieges auf beiden Seiten viele Tausend nukleare Sprengköpfe aus dem aktiven Dienst entfernt und später schrittweise delaboriert.

⁴⁴ Das politische Ziel, substrategische und nicht-stationierte Nuklearwaffen rüstungskontrollpolitisch zu erfassen und verifizierbar zu eliminieren, ist natürlich sinnvoll, da letztlich kein Bereich des nuklearen Dispositivs außerhalb der verifizierbaren Rüstungskontrolle verbleiben sollte. Das Problem besteht in der Verkopplung zum jetzigen Zeitpunkt und dem damit zu erwartenden Zeitverlust. Zu prüfen wäre deshalb, ob Initiativen ähnlich der PNIs nicht einen gangbaren und schnelleren Weg darstellen, der gegangen werden kann, während geeignete Verifikationsinstrumente erarbeitet werden.

⁴⁵ Im NVV-Regime bedingen sich praktische Fortschritte bei der nuklearen Abrüstung und bei der Stärkung der Nichtverbreitung de facto gegenseitig.

⁴⁶ Im Kontext der Verbesserung der Sicherheit nuklearer Waffenlager durch eine zentralere Lagerung in weniger Depots könnte eine solche Entwicklung auch im Interesse Moskaus und deswegen partiell realisierbar sein. Allerdings wäre zu erwarten, dass Russland aus Kostengründen nur vorhandene Depots nutzt, in denen noch Platz ist oder durch Delaborierung alter Waffen Platz entsteht. Eine Redislozierung „hinter den Ural“ – wie manchmal im Westen vorgeschlagen – ist dagegen wahrscheinlich schon mangels geeigneten sicheren Depots und der Kosten kaum zu realisieren.

heute wahrscheinlich eher dazu, russische Schwächen im russischen substrategischen Dispositiv zu verschleiern, als dazu, diese Waffen zur Kompensation eigener konventioneller Unterlegenheit weiter bevorraten zu wollen. Dafür spricht z.B. die deutlich reduzierte Rolle nuklearer Waffen in der russischen Militärdoktrin des Jahres 2010, in der den substrategischen Nuklearwaffen Russlands keine solche Kompensationsrolle mehr zugesprochen wird. Andererseits werden Vorschläge, die NATO solle russische Zugeständnisse im Bereich nicht-strategischer Nuklearwaffen durch eine Art erneuten Doppelbeschlusses⁴⁷ erzwingen, Moskau kurz- und mittelfristig nicht dazu veranlassen, von seiner langjährigen Haltung abzugehen, erst dann über diese Waffen verhandeln zu wollen, wenn Washington seine Waffen auf eigenes Territorium zurückzieht.

- Schließlich lässt auch die geplante Modernisierung der Bomben des Typs B-61 ein Problem entstehen. Die neue Version B-61-12 soll sowohl vorhandene strategische als auch substrategische Versionen der B-61 ersetzen. Deren Unterscheidbarkeit ginge also verloren. Zählen alle B-61 dann als strategische oder als substrategische Waffen oder ist die Antwort auf diese Frage davon abhängig, welcher Art Trägersystem – strategischer Bomber oder DCA – die Bomben gerade zugeordnet sind?⁴⁸ Die Vorstellung, gemeinsam mit Russland die Eliminierung der Kategorie „substrategischer“ Nuklearwaffen in einem nächsten Abrüstungsvertrag festzuschreiben, kann dann nur noch als vertragliches Verbot aller freifallenden Atombomben realisiert werden oder sie wäre für Russland schlicht unattraktiv.

Es dürfte sich als schwierig erweisen, der nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle im neuen Strategischen Konzept der NATO eine deklaratorisch gestärkte Rolle zuzuweisen. Die Widerstände sind groß.⁴⁹ Würde die NATO hier den Vorschlägen aus Washington folgen, so würden diese wahrscheinlich sogar zu einem gewichtigen Hindernis auf dem Weg zu weiteren Reduzierungen der Nuklearwaffenpotentiale. Wäre dies der politische Preis für eine deklaratorische Stärkung der nuklearen Abrüs-

⁴⁷ Wenn Russland nicht zur Abrüstung dieser Waffenkategorie bereit ist, wird die NATO modernisieren. Wenn Moskau abrüstet, modernisiert die NATO nicht. So lautete die Logik des Doppelbeschlusses zur NATO-Nachrüstung 1979. Ein solcher Ansatz, der bei Madeleine Albright, ihren Experten und Hillary Clinton an klingt, sollte sich schon deshalb verbieten, weil er wie ein Rückfall in Hochzeiten des Kalten Krieges anmutet.

⁴⁸ Im Kontext des neuen START-Vertrages entsteht zunächst kein neues Problem. Strategische Bomber zählen als eine Waffe, unabhängig davon wieviele Bomben oder luftgestützte Marschflugkörper sie tragen. Allerdings kann sich ein gravierendes Problem entwickeln, sobald nicht nur Trägersysteme, sondern auch Nuklearwaffen Vertrags- und vor allem Verifikationsgegenstand werden. Dann wird eine realitätsnahe Zählweise für nukleare Bomben Pflicht oder dieser Waffentyp muss ganz verboten werden.

⁴⁹ Zwei Indizien weisen in diese Richtung. Einerseits wehrt sich Frankreich vehement gegen eine starke Betonung der nuklearen Rüstungskontrolle, weil es fürchtet, so könne indirekt seitens der NATO in die französische Nuklearpolitik eingegriffen werden. Andererseits zeigt der Vorschlag der Expertengruppe unter Madeleine Albright, die „Special Consultative Group on Arms Control“ der NATO wieder einzurichten, dass die bündnisinternen Widersprüche weiterer Bearbeitung bedürfen. Deren Aufgabe soll es nämlich nicht nur sein, Abrüstungsinitiativen der Allianz zu entwickeln, sondern allgemeiner „den eigenen, internen Dialog [der NATO-Mitglieder] über die gesamte Breite der Themen Nukleardoktrin, neue Rüstungskontrollinitiativen und Proliferation“ zu ermöglichen.“ Der Vorschlag fußt auf der Annahme, dass die Diskussion über die Zukunft der nuklearen Abschreckung in der NATO nicht mit dem neuen Strategischen Konzept zum Abschluss gebracht werden kann.

tung, so wäre europäischen NATO-Staaten, die eine solche Stärkung wünschen, davon abzuraten, ihren Wunsch weiter zu verfolgen. Der Preis wäre zu hoch.

Ganz anders liegen die Dinge im Bereich der nuklearen Nichtverbreitung. Eine starke Betonung dieses Themas und eine stärkere Rolle der Allianz in diesem Bereich deckt sich mit den Vorstellungen Washingtons und wird nicht an Vorbedingungen geknüpft. Damit kann sie zu einem für die Bündnispolitik bedeutenderen Feld aufgewertet werden, schon, weil „niemand etwas dagegen haben kann“. Das aber wäre – bei Übernahme der Vorstellungen des NPR – mit den bereits dargestellten nicht unerheblichen politischen Risiken verbunden und würde die Gefahr beinhalten, dass die NATO sich erneut auf eine intensive Diskussion über die militärischen Optionen der Counterproliferation einlassen müsste. Eine starke Betonung der Nichtverbreitung in der praktischen Politik eines Bündnisses, das primär über militärische Mittel verfügt, birgt per se das Risiko, dass die militärischen Mittel, deren potentielle Wirksamkeit und deren potentielle Rolle im Rahmen der Nichtverbreitungspolitik überbetont werden.

5. Nuklearwaffen, Raketenabwehr, erweiterte Abschreckung und Teilhabe

Geht es nach dem Willen der USA, der Expertengruppe unter Madeleine Albright oder des NATO-Generalsekretärs, Anders Fogh Rasmussen, so ist ausgemacht, dass die Allianz die Abwehr ballistischer Raketen zu einer zentralen Aufgabenstellung (mission) machen wird. Damit bekäme die erweiterte Abschreckung eine neue, nicht-nukleare Komponente – wie von Washington gewünscht. Auf den ersten Blick scheint der Gedanke vielen europäischen NATO-Mitgliedern reizvoll: Das Vorhaben kann als Stärkung der Bündnisverteidigung (Art. V des NATO-Vertrages) und Eingehen auf die Wünsche neuer Mitglieder betrachtet werden. Es könnte – ähnlich wie die nukleare Komponente der Abschreckung – als Form der „Teilhabe“ nicht-nuklearer europäischer Staaten an der Abschreckung – ausgestaltet werden⁵⁰ und so die Rolle jener Länder im Bündnis aufwerten, die zur nuklearen Abschreckung nicht beitragen können, wollen oder dürfen. Es kann als Reaktion auf eine sich verändernde Bedrohungslage – also z.B. auf Raketenprogramme im Mittleren Osten – gerechtfertigt werden. Zudem wird offensiv damit geworben, dass eine um die Raketenabwehr erweiterte Abschreckung es erleichtert, die Rolle nuklearer Waffen für die NATO weiter zu reduzieren, und damit künftige Schritte atomarer Abrüstung ermöglicht. Manch einer geht bereits so weit, in der Raketenabwehr ein künftiges „Substitut für die substrategischen Nuklearwaffen“ in Europa zu sehen.⁵¹

Ein Allheilmittel ist die Erweiterung der bisherigen „erweiterten Abschreckung“ um das Element Raketenabwehr jedoch nicht. Dafür sind mit diesem Vorhaben zu viele Risiken und Unwägbarkeiten verbunden.

Der Einstieg in das Vorhaben erscheint zunächst als wenig problematisch. Die NATO besitzt und plant bereits Raketenabwehrfähigkeiten im taktischen Bereich. Moderne Versionen des Luftabwehrsystems Patriot sollen NATO-Truppen bei Auslandseinsätzen gegen Kurzstreckenraketen der Scud-Klasse (etwa 300-650 km Reichweite)

⁵⁰ Z.B. durch die Stationierung von Abfangraketen oder Aufklärungs- und Kommandoeinrichtungen auf europäischem Boden.

⁵¹ Vgl. Thränert, a.a.O.

schützen. Geplant sind zudem Systeme wie MEADS, die auch Flugkörper mit bis zu 1.000 km Reichweite abfangen können. In einem nächsten Schritt sollen Abwehrfähigkeiten für ballistische Mittelstreckenraketen von bis zu 3.000 km Reichweite hinzukommen. Studien dazu hat die NATO bereits erstellen lassen. Bei dieser – derzeit in der NATO noch nicht vorhandenen Fähigkeit – setzte die Regierung Obama an, als sie das von der Vorgängerregierung unter George W. Bush geplante Raketenabwehrsystem in Polen und der Tschechischen Republik überarbeitete: Zur See – und später auch an Land – stationierte Abfangflugkörper des Typs SM-3 (und dessen Weiterentwicklungen) sollen die NATO dazu befähigen, das Territorium der europäischen NATO-Staaten schrittweise gegen eine aufwachsende Raketenbedrohung aus dem Iran zu schützen, während Teheran immer weiter reichende Raketen entwickelt. Der BMDR stellt das geplante System in seinen Entwicklungsstufen vor:⁵²

- In einer ersten Phase sollen um 2011 Teile Süd- und Südosteuropas mit der bereits vorhandenen Version des seegestützten Aegis-Systems und SM-3 Block IA Raketen geschützt werden. Zu diesem Vorhaben gehört ein in Europa stationiertes neues Radar.
- In einer zweiten Phase sollen um 2015 leistungsfähigere Raketen vom Typ SM-3 Block IB, sowie weitere Aufklärungssysteme stationiert werden, um größere Teile Süd- und Südosteuropas abdecken zu können. Erstmals sollen landgestützte SM-3-Abfangraketen in einem europäischen Land, Rumänien, aufgestellt werden. In den Phasen I und II geht es um die Fähigkeit, Kurz- und Mittelstreckenraketen bekämpfen zu können.
- In der dritten Phase soll um 2018 die Fähigkeit hinzukommen, Mittelstreckenraketen größerer und großer Reichweite abzufangen. Dazu wird zu Wasser und zu Lande wiederum eine neue Version der SM-3 mit der Bezeichnung Block IIA eingeführt. Sie hat einen größeren Durchmesser, kann mehr Treibstoff mitführen und hat somit eine größere Reichweite. Dieser Flugkörper soll erstmals auch an einem Standort in Nordeuropa aufgestellt werden und einen Schutz aller europäischen NATO-Staaten erlauben.
- Um 2020 soll Phase 4 beginnen. Eine erneute Verbesserung der SM-3 zur Version Block IIB soll es ermöglichen, im mittleren Osten gestartete Interkontinentalraketen abzufangen. Natürlich erfordert jede der vier Phasen jeweils verbesserte Aufklärungs- und Führungsstrukturen.

Zusätzlich bekommt die zuständige Missile Defense Agency (MDA) der USA die Aufgabe, die technische Machbarkeit des Early Intercepts (EI), also des Abfangens gerade erst gestarteter Flugkörper, zu untersuchen.

Die europäischen NATO-Staaten müssen mögliche Einwände gegen und Fragen zu diesen Plänen gründlich durchdenken, um dem Drängen Washingtons und den Versprechen eines besseren Schutzes vor Erpressungsversuchen aus dem Mittleren Osten sowie größerer Abrüstungsmöglichkeiten im nuklearen Bereich nicht vor-schnell nachzugeben. Die wichtigsten Aspekte sind:

- Auch in seiner veränderten Form wird das Projekt einer in Europa stationierten Raketenabwehr – später, aber ziemlich sicher – zu einer massiven Verstär-

⁵² BMDR, a.a.O. S.23ff

mung im Verhältnis zu Russland führen. Sobald um 2018/20 Raketenabwehrsysteme mit strategischen Fähigkeiten im Norden Europas stationiert werden, die Interkontinentalraketen abfangen könnten, greifen diese aus russischer Sicht in die strategische Stabilität ein und gefährden möglicherweise Moskaus gesicherte Zweitschlagsfähigkeit.⁵³ Daraus folgt die legitime Frage, ob der Aufbau strategischer Raketenabwehrfähigkeiten es der NATO längerfristig wert sein sollte, eine dauerhafte Ausgrenzung oder Selbstaussgrenzung Russlands aus kooperativen Strukturen europäischer Sicherheit zu riskieren?

- Diesem Dilemma ist auf Dauer auch kaum durch Angebote zu entgehen, Russland könne bei der Raketenabwehr mit den USA und der NATO zusammenarbeiten. Alle Erfahrungen der Vergangenheit – von SDI bis zur BMD-Debatte unter George W. Bush – zeigen, dass solche Angebote kaum mehr als Werbe- und Lockangebote waren. Substanz werden sie auch künftig kaum bekommen, weil in den USA kaum Interesse besteht, einen so interessanten Markt mit Russland zu teilen oder Russland ernsthaft Einfluss auf und Einblick in die Technologie zu gewähren. Zudem müsste – damit ein solcher Schritt realistisch werden könnte – bei etlichen „neuen“ Mitgliedern der NATO noch viel Überzeugungsarbeit geleistet werden, da sie jede engere Zusammenarbeit mit Russland bisher grundsätzlich ablehnen.
- Ähnlich wie die in Europa stationierten substrategischen Nuklearwaffen bietet die Zukunft der Raketenabwehr vielerlei mögliche Anlässe zu innereuropäischem Streit, der Washington die Option zu einer Politik des „cherry picking“ in Verfolgung eigener Interessen gibt.
- Konditionierungen wie „weitere nukleare Abrüstung in Europa wird nur möglich, wenn der Ausbau von Raketenabwehrfähigkeiten erfolgt“, sind für etliche europäische NATO-Staaten wenig akzeptabel und attraktiv.

Umgehen ließe sich ein Teil dieser Einwände theoretisch, wenn die NATO in der Raketenabwehr künftig eine begrenzte, nicht aber eine zentrale Aufgabenstellung sehen würde und – zumindest solange wie Länder wie der Iran noch nicht über Flugkörper großer oder interkontinentaler Reichweite verfügen – in der Abwehr von Flugkörpern strategischer Reichweite explizit keine Bündnisaufgabe sehen würde.

Nicht umgehen lässt sich auf diesem Wege jedoch die grundsätzliche Notwendigkeit, die Auswirkungen der Veränderungen im Abschreckungsdispositiv und deren Folgen für das Denken in Kategorien regionaler Abschreckungssysteme in Europa gründlich zu durchdenken. So muss zum Beispiel auch in diesem Kontext die Frage aufgeworfen werden, ob ein aus substrategischen und strategischen Nuklearwaffen sowie Raketenabwehrsystemen bestehendes Abschreckungsdispositiv wirksamer, glaubwürdiger und stabiler wäre, als ein Dispositiv, das nur aus strategischen Nuklearwaffen und Raketenabwehrsystemen besteht. Offensichtlich ist jedenfalls, dass der Aufbau von Raketenabwehrsystemen – egal welcher Reichweite – in Europa zunächst einen Ausbau der regionalen militärischen Reaktionsmöglichkeiten darstellt.⁵⁴ Weiter kom-

⁵³ Die Militärdoktrin der Russischen Föderation betrachtet nicht alle, sondern explizit „strategische Raketenabwehrsysteme“ als sicherheitspolitische Gefahr. A.a.O.: S.10

⁵⁴ Nur eine absolute Garantie, dass seitens der Nuklearmächte der NATO auf einen trotz Raketenabwehrversuch gelingenden regionalen Nuklearschlag eines Opponenten eine strategisch-nukleare Ver-

pliziert würde diese Abwägung, wenn sich Early-Intercept-Technologien als machbar erweisen, aber deren Stationierung in Europa erforderlich machen würde. Von schnellen, unzureichend durchdachten Schritten der Anpassung der NATO-Strategie an die veränderte U.S.-Strategie kann angesichts der Komplexität der Fragestellung nur abgeraten werden.

6. Exkurs: Sonderfall Türkei

Etlche Argumente für die Notwendigkeit vorgeschoben stationierter Nuklearwaffen in Europa gehen auf die Türkei ein. Der Türkei liege an einem Verbleib dieser Waffen, da sie nahe Russland liege und – wichtiger noch – direkt an den Iran grenze, der künftig Nuklearmacht werden könne. Mit einem Abzug leiste man möglicherweise einer Entwicklung Vorschub, bei der die Türkei ihre nuklearen Optionen neu bewerte und zu dem Schluss komme, selbst atomare Waffen zu bauen. Die Türkei dürfe zudem nicht zum einzigen nicht-nuklearen NATO-Land werden, in dem noch Nuklearwaffen der USA stationiert sind.

Das sind scheinbar starke Argumente, die aber interessanterweise meist nicht von türkischer Seite, sondern von Autoren aus den USA, gelegentlich unter Berufung auf anonyme türkische Offizielle in die Diskussion eingebracht werden. Ob und welches Gewicht ihnen wirklich zukommt, ist unklar, denn die Türkei ist das einzige NATO-Land, bei dem derzeit keine sichere Aussage möglich ist, ob dort noch U.S.-Nuklearwaffen gelagert werden oder nicht.

Was ist bekannt? Die Türkei war während des Kalten Krieges Stationierungsland für U.S.-Nuklearwaffen und beteiligte sich an der nuklearen Teilhabe. Sie stellte nuklearfähige Flugzeuge und Piloten; sie erlaubte die Stationierung nuklearer Waffen sowohl für die türkischen als auch für U.S.-amerikanische Streitkräfte. Nach dem Ende des Kalten Krieges wurden auf zwei türkischen Fliegerhorsten je sechs und auf dem von der U.S.-Luftwaffe mitgenutzten Fliegerhorst Incirlik 25 Lagerstätten für Nuklearwaffen, sogenannte Vaults oder WS³-Systeme, eingebaut. In diese wurden atomare Bomben eingelagert, die von Spezialisten der USAF bewacht und gewartet wurden. Die Reduzierungen des Nukleardispositivs der NATO gingen in der Folge auch an der Türkei nicht spurlos vorüber. Um das Jahr 1998 verloren die beiden türkischen Luftwaffenstützpunkte Murted und Balikeshir ihre aktive nukleare Rolle. Die nuklearen Waffen wurden abgezogen, die Nuklearwaffenlagersysteme – ähnlich wie in Deutschland in Memmingen oder Nörvenich – in einen „caretaker status“ versetzt, der im Notfall eine Wiederinbetriebnahme erlaubte.⁵⁵ Fortan wurden alle Nuklearwaffen der USA, die sich in der Türkei befanden, in Incirlik gelagert. Informierte Schätzungen gingen davon aus, dass U.S. Präsident Clinton 2000 die Stationierung von etwa 90 Nuklearwaffen in Incirlik autorisierte. Die Türkei schied – wie Griechenland – aus der technisch-nuklearen Teilhabe aus.⁵⁶

geltung erfolgt, könnte das umgehen. Eine solche Garantie würde jedoch erneut eine Debatte über die militärischen Fähigkeiten auslösen, die sie als glaubwürdig erscheinen lassen würden.

⁵⁵ Unklar ist, ob dieser Status bis heute aufrecht erhalten oder inzwischen auch aufgegeben wurde.

⁵⁶ Vgl.: Mustafa Kibaroglu: Reassessing the Role of U.S. Nuclear Weapons in Turkey http://www.armscontrol.org/act/2010_06/Kibaroglu Die NATO achtet normalerweise darauf, Griechenland und die Türkei in statusrelevanten Fragen gleich zu behandeln.

In Incirlik, dem nunmehr einzigen Nuklearwaffenstützpunkt in der Türkei waren aber keine nuklearfähigen Flugzeuge der U.S.-Luftwaffe dauerhaft stationiert. Eine Anfrage Washingtons, ob die Türkei bereit sei, eine dauerhafte Verlegung von Flugzeugen des 52. Geschwaders aus Spangdahlem zu erlauben, beschied Ankara 2005 abschlägig. Im Rahmen der erneuten Reduzierung des Bereitschaftsgrades und des Umfangs des Nukleardispositivs der NATO kam es um oder nach 2005 wahrscheinlich entweder zu einer weiteren deutlichen Reduzierung der Zahl der in Incirlik gelagerten Nuklearwaffen oder gar zu deren vollständigem, wenn auch als vorübergehend betrachteten Abzug.⁵⁷ Ob in Incirlik heute noch einige wenige oder gar bis zu 50 nukleare Bomben der USA lagern, wie meist angenommen wird, oder ob dort derzeit keine Waffen sind, ist unbekannt. Für eine Auslagerung der meisten oder aller Waffen spräche jedoch die Rolle Incirliks als logistische Drehscheibe der U.S.-Luftwaffe im „Krieg gegen den Terror“. Auf Fliegerhorsten, auf denen Nuklearwaffen gelagert werden, gilt eine Vielzahl zusätzlicher Sicherheitsvorschriften, die eine effiziente Nutzung als logistische Drehscheibe behindern.⁵⁸ Auch die türkische Luftwaffe hat in Incirlik derzeit keine Kampfflugzeuge stationiert, sondern Tankflugzeuge.⁵⁹

Incirlik verlor jedoch seine nukleare Rolle nicht völlig. Noch 2008 fand dort eine nukleare Sicherheitsinspektion (Nuclear Surety Inspection) statt. Solche Inspektionen werden nur bei aktiven, mit Nuklearaufgaben betrauten Einheiten durchgeführt. Dies kann zweierlei bedeuten: Entweder wird die Fähigkeit, Nuklearwaffen in Incirlik einzulagern, weiter vorgehalten, weil eine Rückverlegung der Waffen offen gehalten wird⁶⁰ oder auf der Luftwaffenbasis wird trotz der sicherheitsbedingten Einschränkung logistischer Funktionen noch eine kleinere Zahl atomarer Waffen gelagert.

Welche Rolle kam und kommt den Nuklearwaffen in der Türkei zu? Während des Kalten Krieges waren sie Teil des substrategischen Abschreckungsdispositivs der NATO gegen die Sowjetunion bzw. die Warschauer Vertragsorganisation. Nach dem Zerfall der UdSSR kam eine weitere Aufgabe hinzu. Das Oberkommando der U.S.-Streitkräfte in Europa (EUCOM) übernahm auf Anweisung des Strategischen Oberkommandos bereits in der ersten Hälfte der 1990er Jahre die Aufgabe, das Regionalkommando für den Nahen und Mittleren Osten, CENTCOM, im nuklearen Bereich zu unterstützen, z.B. durch das Management der Freigabecodes für substrategische Nuklearwaffen und die Bereitstellung von nuklearfähigen Trägerflugzeugen für Einsätze im geographischen Verantwortungsbereich von CENTCOM.⁶¹ Kontext dieses

⁵⁷ Im diesem Zeitraum räumte die U.S.-Luftwaffe auch ihre zentralen Nuklearwaffendepots in Ramstein (Deutschland) und Lakenheath (UK). Noch 2004 dürften in Incirlik Nuklearwaffen gelagert worden sein. Das geht aus einem Commanders Guide to Nuclear Surety and Explosives Safety der 39th Wing der USAF in Incirlik hervor. Vgl.: <http://www.bits.de/NRANEU/others/END-Archive/39WgCommandersGuide.pdf>

⁵⁸ Dieses Argument sprach auch für den Abzug der Nuklearwaffen aus Ramstein, dem größten nuklearen Luftwaffenstützpunkt der USA in Europa, als die dortige Airbase zusammen mit Spangdahlem die Aufgaben der ehemaligen Rhein-Main Air Base in Frankfurt übernahm.

⁵⁹ Auf der Luftwaffenbasis befinden sich allerdings über 50 gehärtete Flugzeugschutzbauten für Kampfflugzeuge.

⁶⁰ Darauf könnte die aktuelle Aufgabenbeschreibung der 39th Maintenance Squadron Bezug nehmen, die sagt, die Einheit „provides munitions for weapons training deployments, ensures compliance with surety mission requirements“. Die Versorgung mit konventioneller Einsatzmunition wird getrennt erwähnt. Vgl. <http://www.incirlik.af.mil/library/factsheets/factsheet.asp?id=6536>

⁶¹ Dies geht aus zwei teilweise freigegebenen Geheimdokumenten von STRATCOM aus dem Jahr 1994 hervor, die Hans M. Kristensen erhielt. Vgl.:

Vorgehens waren damals sowohl die Schlussfolgerungen aus den Raketenangriffen des Iraks gegen Israel während des Golfkrieges 1990/91 als auch die Entwicklung militärischer Optionen für eine Politik der Counterproliferation seitens der USA. Im Kontext der nationalen Nuklearstrategie der USA kam damit den Nuklearwaffen an der Südflanke der NATO und insbesondere in der Türkei eine erweiterte Rolle zu. Washington konnte sie als Instrumente einer erweiterten Abschreckung für seine Verbündeten im Nahen Osten ebenso ins Spiel bringen wie als militärisches Mittel im Rahmen seiner Optionen zur Counterproliferation. In der NATO gab es große Vorbehalte gegen die Counterproliferation-Initiative und CENTCOM verfügte nicht über eigene, vorgeschoben stationierte Nuklearwaffen sowie entsprechende (Infra)Strukturen.⁶² Die zusätzliche Einordnung der U.S.-Nuklearwaffen in die nationale Strategie der USA könnte erklären, warum Ankara, nachdem es selbst aus der technisch-nuklearen Teilhabe ausgeschieden war, einer dauerhaften Stationierung nuklearfähiger Trägerflugzeuge der U.S.-Luftwaffe nicht zustimmte und sich so ein faktisches Veto gegen Nuklearwaffeneinsätze der U.S.-Luftwaffe von türkischem Boden sicherte.

Der Sonderfall Türkei kann also nur unter zwei alternierenden Voraussetzungen diskutiert werden: Zum einen muss angenommen werden, dass dort noch eine unbekannte Zahl nuklearer Bomben lagert. Alternativ muss davon ausgegangen werden, dass in Incirlik derzeit keine Nuklearwaffen lagern, diese aber wieder eingelagert werden können und die erforderlichen Strukturen dafür weiter aktiv gehalten werden.⁶³

Betrachten wir die Türkei zunächst unter der Annahme, dass dort noch Nuklearwaffen lagern. In der türkischen Politik gibt es Indizien, dass Ankara die Lagerung substrategischer Nuklearwaffen für verzichtbar halten könnte. Die Türkei stellte der NATO in den letzten Jahren keine Trägerflugzeuge mehr bereit. Der Wunsch der USA, Kampfflugzeuge dauerhaft nach Incirlik zu verlegen, wurde abgelehnt. Ankara muss seine Zustimmung zu einer erneuten Stationierung geben.⁶⁴ Es hat also eine indirekte Vetomöglichkeit gegen einen Nuklearwaffeneinsatz von türkischem Boden aus. All das widerspricht der These, dass Ankara kurzfristig einsetzbare substrategische Nuklearwaffen in der Türkei für zwingend erforderlich hält. Es wirft aber indirekt auch die Frage auf, ob Washington stärker an der Präsenz dieser Waffen interessiert ist als die Türkei?

<http://www.nukestrat.com/us/stratcom/STRATCOM051094.pdf> und
<http://www.nukestrat.com/us/stratcom/STRATCOM033194.pdf> .

⁶² Ob die 1994 bestehenden Arrangements zwischen STRATCOM, CENTCOM und EUCOM bis heute fortgelten, ist nicht dokumentiert. Aktuellere Dokumente wurden nicht freigegeben bzw. sind nicht öffentlich bekannt geworden.

⁶³ In diesem Fall wäre Incirlik auch eine Art Testfall für eine „over the horizon“-Stationierung, bei der die für ein Land vorgesehenen substrategischen Nuklearwaffen (im Frieden) in den USA eingelagert werden, in einer Krise aber wieder vorgeschoben stationiert werden können. Dieses Modell wurde gelegentlich auch als Alternative zum heutigen vorgeschobenen Stationierungsmodus im NATO-Kontext ins Spiel gebracht.

⁶⁴ Dies zeigte sich z.B. während des Irak-Krieges 2003, als Ankara den USA sowohl den Aufmarsch von Heereskräften an der türkisch-irakischen Grenze als auch die Nutzung türkischer Fliegerhorste durch US-Jagdbomber nicht erlaubte.

Wenn die U.S.-Nuklearwaffen in der Türkei im Rahmen der nationalen Strategie der USA für den Nahen und Mittleren Osten noch heute eine Rolle spielen – sei es im Kontext militärischer Counterproliferationsoptionen, sei es im Kontext eines regionalen nuklearen Abschreckungsschirms für Verbündete der USA im Zuständigkeitsbereich von CENTCOM – so ist davon auszugehen, dass Washington ein Interesse an diesen Waffen und ihrer militärischen Funktion hat und Ankara genau diesem Interesse zumindest teilweise skeptisch gegenübersteht. Dann wäre das Argument des „türkischen Interesses“ an diesen Waffen ein vorgeschobenes Argument.

Da Washington den Nahen und Mittleren Osten heute als einen geographischen Raum mit „regionalem Abschreckungssystem“ betrachtet, birgt die Stationierung nuklearer Waffen mit Doppelfunktion in der NATO und im Rahmen nationaler regionaler Abschreckungsoptionen der USA im Nahen und mittleren Osten für Washington einen wesentlichen Vorteil. Die Türkei ist seit Jahrzehnten NATO-Mitglied und erlaubt die Stationierung nuklearer Waffen. Das ist weithin bekannt. Washington muss also die Präsenz seiner Nuklearwaffen in der Türkei bis heute nicht weiter öffentlich erklären und auch nicht mitteilen, ob sein regionales Abschreckungssystem für den Nahen und Mittleren Osten über vorgeschoben stationierte substrategische Nuklearwaffen verfügt und diese Teil einer erweiterten Abschreckung für befreundete Staaten wie Israel oder Jordanien sind.⁶⁵

Allerdings wäre dann seitens der Türkei und der USA davon auszugehen, dass die Präsenz dieser Waffen im Kontext der für 2012 geplanten Konferenz über eine von Massenvernichtungswaffen freie Zone im Nahen und Mittleren Osten zum Thema gemacht oder gar zu einem wesentlichen Stolperstein werden könnte. Der Türkei droht in diesem Kontext eine politisch unangenehme, exponierte Position. Es bleibt abzuwarten, wie Ankara mit dieser Frage umgeht und ob die Türkei bereits im Kontext der Diskussion um die neue NATO-Strategie proaktiv zur Wahrung ihrer Interessen tätig wird.

Für die Diskussion in der NATO entstehen in diesem Kontext zusätzliche Fragen: Haben diese Waffen noch eine Rolle in der NATO-Strategie oder ist deren Funktion vorrangig im Kontext der nationalen Strategie der USA zu suchen? Soll ihre Stationierung in der Türkei im Krisenfall die Option offen halten, auch andere NATO-Staaten in einen potentiellen Nuklearwaffeneinsatz im Nahen und Mittleren Osten über die Nukleare Teilhabe einzubinden? Gleich wie: Eine präzise Klärung der Rolle der substrategischen Nuklearwaffen in Incirlik ist eine wesentliche Voraussetzung für eine informierte Entscheidung der NATO über die Zukunft der substrategischen Nuklearwaffen im Bündnis.

Geht man von der Annahme aus, dass derzeit keine Nuklearwaffen in der Türkei gelagert werden, so wäre dies zunächst ein Beleg dafür, dass Ankara seine Sicherheit und die Abschreckung auch ohne die Stationierung von U.S.-Nuklearwaffen gewährleistet sieht, obwohl das Umfeld der Türkei von vielfältigen Konflikten geprägt ist. Die Türkei könnte offenbar mit einer „over the horizon-Struktur“ der substrategischen Abschreckungskomponente leben. Fällt sie aber als Bedarfsträger für in Europa stationierte Nuklearwaffen aus, entfällt eines der wichtigsten Argumente der Befürworter des nuklearen Status quo in der NATO.

⁶⁵ Siehe Fußnote 62.

Trotzdem wäre auch dann zu fragen, ob das Interesse an der Möglichkeit, die Waffen künftig wieder in die Türkei zurückzubringen, vorrangig von Washington oder aber von Ankara ausgeht. Ginge es vorrangig von der Türkei aus, weil diese ein künftiges iranisches Nuklearpotential fürchtet, so hätte Washington ein starkes Druckmittel, um künftig erneut um eine dauerhafte Stationierungserlaubnis für nuklearfähige Kampfflugzeuge in der Türkei zu bitten oder gar der Türkei die Rückkehr in die technisch-nukleare Teilhabe nahe zu legen.⁶⁶ Ginge es primär von Washington aus, so wäre zu fragen, wie die Türkei mit diesem Ansinnen umgeht und wie sie künftig ihr Interesse wahrt, dass die USA keinen Nuklearwaffeneinsatz von türkischem Boden ohne türkische Zustimmung durchführen kann.

Schließlich wäre die Möglichkeit einer Rückverlegung nuklearer Waffen (und Trägerflugzeuge) in die Türkei ein scharfes Argument gegen jene, die argumentieren, eine friedenszeitige Stationierung aller substrategischen Nuklearwaffen in den USA sei keine akzeptable Lösung, weil deren Rückverlegung nach Europa in einer Krise eine konflikteskalierende Wirkung habe. Es gäbe dann einen wichtigen Präzedenzfall, dass ein solcher Stationierungsmodus praktikabel wäre.

Schließlich: Die Türkei bestreitet jede eigenständige militärisch-nukleare Ambition. Sie besitzt im zivilen Bereich bislang kein relevantes Nuklearprogramm. Sie betreibt oder baut keinen einzigen Reaktor zur Energieerzeugung, denkt aber darüber nach, ob sie das künftig tun sollte.

7. Substrategische Nuklearwaffen in Europa

Heiß umstritten ist die Frage, ob die NATO künftig auf die Stationierung substrategischer Nuklearwaffen in Europa verzichten sollte oder nicht. Bundesregierung und Bundestag haben sich eindeutig positioniert und die Regierung aufgefordert, sich „mit Nachdruck für den Abzug der U.S.-Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen“.⁶⁷

Bedeutet die Beschlüsse der USA und die Empfehlungen der Albright'schen Expertenkommission für die nuklearen und Abschreckungsaspekte des neuen Strategischen Konzeptes der NATO nun, dass die deutsche Position keine Chance auf Realisierung mehr hat? Auf den ersten Blick könnte es so scheinen. Jedoch sprechen mehrere Argumente dagegen:

- Aus der Absicht der Obama-Administration, die substrategischen Träger und Waffen zu modernisieren, folgt nicht zwingend, dass die neuen Systeme in Europa stationiert werden müssen. Sie könnten auch in den USA gelagert werden.⁶⁸ Schon heute besteht der „Nuklearschirm“ der USA für Japan und

⁶⁶ Damit wäre aber ein erhebliches Problem mit Griechenland verbunden, da die NATO traditionell darauf achtet, Griechenland und die Türkei in statusrelevanten Fragen gleich zu behandeln.

⁶⁷ Deutscher Bundestag, DS 17/1159, vgl.: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/011/1701159.pdf>

⁶⁸ Gegen diese Möglichkeit wird oft eingewendet, dass eine Rückverlegung der Waffen nach Europa in einer Krise aufgrund der Sichtbarkeit der logistischen Operation so eskalierend wirken würde, dass sich eine Stationierung in den USA verbieten sollte. Beide Teilargumente sind schwach: Der logistische Aufwand ist zum einen begrenzt und zum anderen wäre eine solche Rückverlegung nicht einfach zu entdecken. Keine größere Verlegung substrategischer U.S.-Nuklearwaffen in den letzten 20 Jahre wurde zeitnah öffentlich. Zudem könnte die NATO sich entscheiden, einen solchen Schritt öffentlich zu machen, um ihre Entschlossenheit zu betonen und ihre Bereitschaft zur nuklearen Abschreckung zu

- Zweitens sagt der NPR 2010 explizit, dass die Entscheidung der NATO über das künftige Nukleardispositiv der Allianz durch die geplante Modernisierung nicht präjudiziert werden soll. Eine Entscheidung soll nach Diskussion in der und durch die NATO gefällt werden. Das kann ein Zeichen dafür sein, dass Washington es mit der multilateralen Entscheidungsfindung im Bündnis wirklich ernst meint. Die europäischen NATO-Mitglieder sind somit gefordert, sowohl die Entscheidung als auch die Lasten der Umsetzung mit zu tragen. Eine konsensuale Entscheidung, gegen die kein Mitglied ein Veto einlegt, ist erforderlich. Das aber gilt sowohl für einen Abzug der substrategischen Waffen aus Europa als auch für deren Verbleib und Modernisierung. Mit einer Modernisierungsentscheidung sind jedoch so erhebliche Nachteile und negativ wirkende Signale verbunden, dass ein Veto mehrerer NATO-Staaten gegen eine solche Beschlussfassung denkbar wäre. Den nicht-nuklearen Mitgliedern des NVV würde deutlich signalisiert, dass die 28 NATO-Staaten noch auf Jahrzehnte auf die nukleare Option setzen und somit gemeinsam mit den Nuklearmächten weiterhin Abrüstungsforderungen zurückweisen werden. Russland könnte einen solchen Schritt als akutes Misstrauensvotum interpretieren, der signalisiert, dass Moskau auf Jahrzehnte nicht zu einem gleichberechtigten Mitglied der euroatlantischen Sicherheitsstrukturen werden kann. Die NATO-Russland-Zusammenarbeit würde erneut negativ belastet und Russland könnte sogar schlussfolgern, dass es seine eigenen substrategischen Nuklearwaffen ebenfalls modernisieren muss. Schon aus solch übergeordneten Gründen ist kaum mit einem einstimmigen NATO-Beschluss zur Modernisierung des substrategischen Nuklearpotentials in Europa zu rechnen. Er widerspräche den Interessen etlicher NATO-Länder und der erklärten Position der Bundesregierung, die bekanntlich nicht plant, einen nuklearfähigen Nachfolger für den Tornado zu beschaffen und zudem damit rechnen muss, dass die neue nukleare Bombe B61-12 mit dem Tornado nicht mehr einsetzbar wäre.⁶⁹

demonstrieren. Dies würde aber in der Hoffnung auf eine deeskalierende Wirkung geschehen. Zudem müsste man fragen, warum die Verlegung nuklearfähiger Flugzeuge der USA nach Incirlik so viel weniger eskalierend wirken sollte wie eine Verlegung von nuklearen Waffen. (Zum Hintergrund s.o.)

⁶⁹ Die Tornados der Luftwaffe sollen durch nicht-nukleare Eurofighter abgelöst werden. Eine nuklearfähige Version des Eurofighters ist nicht geplant. Sie wäre sowohl zu teuer als auch seitens der Industrie unerwünscht, weil die nukleare Zertifizierung den USA unerwünscht tiefe Einblicke in die Flugzeugtechnik des Eurofighters erlauben würde. Zu teuer und militärisch unsinnig wäre auch die Beschaffung einiger weniger JSF für die Nuklearaufgaben der Luftwaffe. Die Luftwaffe will deshalb 46 Tornado IDS „zur Sicherstellung der Dauereinsatzaufgabe Nukleare Teilhabe“ bis weit in das kommende Jahrzehnt vorhalten. Sie sollten nach bisheriger Planung in Landsberg – örtlich getrennt von den Nuklearwaffen in Büchel – stationiert werden und durch ein sogenanntes Nachrüstprogramm (NRP21) einsatzfähig gehalten werden. (Vgl.: BMVg: Priorisierung Materialinvestitionen – Handlungsempfehlungen, Empfehlung W_3-G-2, Berlin, 25.6.2010). Offen ist, ob es künftig bei der geplanten Stationierung in Landsberg bleibt oder ob auf die Eurofighter-Umrüstung des Geschwaders

- Drittens wurde der einhellige Bundestagsbeschluss zum erwünschten Abzug der in Deutschland bzw. Mitteleuropa gelagerten Nuklearwaffen auch in Washington zur Kenntnis genommen. Es ist kaum zu erwarten, dass die U.S.-Regierung das Gegenteil dessen tut, was alle Bundestagsfraktionen wollen. Sie kann die Bundesregierung nicht zwingen, eine neue Generation nuklearer Trägerflugzeuge zu beschaffen.
- Schließlich muss in der NATO eine grundsätzliche Frage diskutiert werden: Die Allianz gibt vor, sie lege viel Wert darauf, dass ihre Strategie und ihre militärischen Fähigkeiten ihre politischen Intentionen klar kommunizieren. Deshalb sollte nicht nur gefragt werden, ob – wie bereits diskutiert – ein ausschließlich aus strategischen Nuklearwaffen bestehendes Nukleardispositiv oder ein aus strategischen und substrategischen Waffen gemischtes Potenzial die stabilere Abschreckung gewährleistet. Es muss auch die „Glaubwürdigkeitsfrage“, also die Frage nach der Perzeption des potentiellen Gegners aufgeworfen werden: Kommuniziert ein gemischtes oder ein ausschließlich auf strategischen Waffen bestehendes Dispositiv die Absichten und den Charakter der Nuklearabschreckung des Bündnisses glaubwürdiger? Wenn kommuniziert werden soll, dass die Abschreckung in Europa unentkoppelbar mit der globalen Abschreckung verbunden, die Rolle nuklearer Waffen weitestgehend auf die eines letzten Mittels reduziert ist und dass das Nukleardispositiv der Allianz kein Abrüstungshindernis darstellt, so hat ein ausschließlich aus strategischen Waffen bestehendes Dispositiv klare Vorteile.

Washington hat im Blick auf die weitere NATO-Diskussion mehrere Optionen: Erstens: Alles bleibt beim Alten, die Waffen bleiben in Europa, werden modernisiert und die europäischen NATO-Länder bringen ihren Anteil der Modernisierungskosten für neue Trägerflugzeuge und Lagersysteme auf. Oder zweitens: Washington modernisiert das Nuklearwaffendispositiv, lagert es künftig in den USA, und bietet an, die Waffen im Bedarfsfall nach Europa zu bringen. Schließlich könnte die Modernisierung drittens auch überflüssig werden, weil erfolgreiche Gespräche mit Russland eine Eliminierung der substrategischen Waffenkategorie zur Folge haben. Bis die NATO zu einem Konsens über die Rolle nuklearer Waffen findet, wurde der Ball auf jeden Fall zur taktischen Entlastung der Allianz zunächst einmal in die Moskauer Hälfte gespielt.

Für die europäischen NATO-Staaten ist die Situation weit weniger attraktiv. Sie müssen angesichts unterschiedlicher oder gar widersprüchlicher Positionen Kompromisse suchen. Sie müssen das Angebot Washingtons ernst nehmen, über die Zukunft der substrategischen Nuklearwaffen in der NATO im Bündnis mit zu entscheiden. Das sind viele nicht (mehr) gewohnt. Zudem werden sie durch den Strategiewandel in Washington erstmals seit Jahrzehnten wieder vor grundlegende abschreckungspolitische und abschreckungstheoretische Fragen gestellt, auf die es nicht ausschließlich technische Detailantworten, sondern nur grundlegend politische Antworten ge-

in Büchel verzichtet wird, weil weniger Eurofighter beschafft werden können. Auch hinter die Möglichkeit, den Tornado für die künftige B61-12 zu zertifizieren, muss ein technisches Fragezeichen gesetzt werden. Zu den geplanten Modernisierungsmaßnahmen gehört die Absicht, alle Schnittstellen zwischen Waffe und Flugzeug auf den Stand modernster Technik zu bringen. Ob eine Anpassung des Jahrzehnte alten Tornado noch realisierbar ist, darf nicht als gesichert gelten.

ben kann. Europäische Analysen, die sich grundlegend mit der veränderten Abschreckungskonzeption der USA und deren Auswirkungen auf Europa befassen, sind aber Mangelware. Nur aus der argumentativen Defensive und punktuell zu (re)agieren, wird der Tragweite der Veränderungen nicht gerecht. Gleiches gilt für eine vorschnelle Übernahme der Vorstellungen Washingtons.⁷⁰

Politisch riskant wäre es schließlich, wenn die NATO sich aufgrund ihrer bündnisinternen Meinungsunterschiede dazu entschließen würde, nur wenige, unstrittige Grundaussagen zur künftigen Rolle der nuklearen Komponente im Bündnis in das neue Strategische Konzept aufzunehmen. Dieses Risiko könnte zwar durch den Wunsch befördert werden, das künftige Strategische Konzept kurz und die Widersprüche unsichtbar zu halten.⁷¹ Mit einem solchen Vorgehen wäre vielleicht auch die Suche nach kompromissfähigen Formulierungen einfacher. Es wäre aber auch mit gravierenden Nachteilen verbunden: Alle genaueren Erläuterungen und Beschreibungen der Rolle und Zukunft des nuklearen Dispositivs der Allianz würden entweder auf noch zu erarbeitende künftige NATO-Dokumente vertagt oder aber in nicht öffentlich zugängliche, vertrauliche Dokumente z.B. des Militärausschusses der Allianz (Nachfolger der MC 400/2) ausgelagert. Letzteres würde der Transparenz schaden und die Gefahr hervorrufen, dass das Bündnis seine nuklearstrategischen Absichten nicht hinlänglich und glaubwürdig öffentlich kommunizieren kann.

8. Eine NATO ohne nukleare Abschreckung?

Umstritten ist, ob das neue Strategische Konzept der NATO auf Barack Obamas Vision einer nuklearwaffenfreien Welt Bezug nehmen soll. Dazu kommt es eher nicht. Obamas Vision aufzunehmen, wäre – angesichts der bisherigen Diskussion – nicht ehrlich. Bislang zeigt die NATO wenig Bereitschaft, eigene Schritte auf dem Weg zu Obamas Vision zu gehen. Selbst wenn es im Verlauf der weiteren Debatte dazu kommen sollte, dass die substrategischen Nuklearwaffen aus Europa abgezogen und die technisch-nukleare Teilhabe aufgegeben werden sollte – ein Ende der nuklearen Abschreckung der NATO würde dies nicht bedeuten.⁷² Michael Rühle, stellvertretender Direktor für Policy Planning im NATO-Generalsekretariat, hält zu Recht fest: „In anderen Teilen der Welt war die nukleare Garantie der USA weder von der Stationierung nuklearer Gefechtsfeldwaffen noch von elaborierten Arrangements der Teilhabe abhängig. Deshalb wäre es nicht korrekt, zu behaupten, dass ein Abzug der amerikanischen Nuklearwaffen aus Europa das Ende der erweiterten Abschreckung

⁷⁰ Es kann gut sein, dass selbst in den USA die detaillierten Folgen der im NPR 2010 enthaltenen Überlegungen noch nicht bis zum Ende durchdacht wurden. Partielle Widersprüche sind jedenfalls erkennbar. Vor dem Streitkräfteausschuss des Senates räumte Kevin Chilton, Kommandeur des Strategischen Kommandos der U.S.-Streitkräfte im März ein: „Trotz des komplexen Umfelds [der aktuellen Abschreckungsdebatte] haben wir eine ganze Generation künftiger politischer Entscheidungsträger, Strategen, Akademiker und professioneller Militärs in Sachen Ausbildung und Training auf dem Gebiet der Abschreckung ausgelassen. Die bisherige Arbeit am NPR und dem neuen START-Vertrag hat diesen Mangel an Humankapital offen gelegt.“ Vgl.:

http://www.senate.gov/~armed_services/statemnt/2010/03%20March/Chilton%2003-26-10.pdf

⁷¹ So wird – wie bereits 1999 – ventiliert, ein nur wenige Seiten (z.B. 5-6) umfassendes Strategisches Konzept zu verabschieden, das sich lediglich auf wesentliche Grundaussagen beschränkt.

⁷² Dies gilt unabhängig davon, ob Befürworter oder Gegner eines Verzichts auf die Stationierung substrategischer Nuklearwaffen in Europa dieses Argument benutzen.

bedeuten würde. Was eine ‚glaubwürdige‘ erweiterte Abschreckung ausmacht, definieren letztlich die USA und ihre Verbündeten.“⁷³ Der militärisch wie auch abschreckungspsychologisch relevantere Teil des Nukleardispositivs der NATO, die strategischen Raketen-U-Boote der USA und Großbritanniens, auf denen seit etlichen Jahren zudem die Mehrzahl der Nuklearwaffen stationiert ist, steht der NATO unabhängig von der Zukunft der substrategischen Nuklearwaffen in Europa weiter zur Verfügung. Die „nukleare NATO“ ist nicht am Ende, wenn sie auf in Europa stationierte substrategische Nuklearwaffen verzichtet.

In der Diskussion wird es also weiterhin darum gehen, die NATO zu einem Konsens über erste Schritte zu ermutigen. Vier mögliche Schritte stechen dabei hervor:

1. Die NATO kann auf die Stationierung nuklearer Waffen auf dem Territorium nicht-nuklearer Staaten in Europa verzichten, ohne einen Verlust an Sicherheit oder an Glaubwürdigkeit ihrer Abschreckung zu erleiden
2. Sie kann auf die technisch-nukleare Teilhabe verzichten.
3. Die NATO könnte Nuklearwaffen in ihrem Strategischen Konzept als „letztes Mittel“ beschreiben, um deren politischen Charakter zu betonen. Eine politische Erklärung, die besagt, dass ein Nuklearwaffeneinsatz durch die NATO einen einstimmigen Beschluss aller NATO-Mitglieder voraussetzt, solange Zeit und Umstände einen solchen Beschluss zulassen, könnte dieser Initiative zusätzlich Gewicht geben und Glaubwürdigkeit verleihen.⁷⁴
4. Eine zeitnahe, deutliche Anpassung der Verträge über konventionelle Streitkräfte in Europa an die veränderte politische Geographie Europas nach zwei NATO-Erweiterungen könnte ebenso wie eine freiwillige Selbstbeschränkung bei Raketenabwehrsystemen die Suche nach einer Lösung erleichtern, die zu einer Reduzierung oder Eliminierung auch der meisten russischen taktischen Nuklearwaffen führt.⁷⁵

Realistisches Ziel muss es sein, in der NATO die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass jene Brücken gebaut werden können, die es auf mittlere und längere Sicht erlauben, den euroatlantischen Sicherheitsraum kooperativ mit einem gleichberechtigten Russland auszugestalten. Das würde auch den Boden für weitere Schritte strategisch-nuklearer Abrüstung bereiten. Ohne die Kooperation der Russischen Föderation ist eine nuklearwaffenfreie Welt nicht realisierbar. Deshalb gilt es, Moskau rechtzeitig zu signalisieren, dass auf dessen berechnete Sicherheitsinteressen und gleichberechtigte Mitspracherechte nicht verzichtet werden kann und soll.

Soll zudem signalisiert werden, dass nuklearen Waffen in der NATO künftig eine geringere, ausschließlich politische Rolle zukommt, so wäre es bedeutsam, jeden An-

⁷³ Michael Rühle: Good and Bad Nuclear Weapons, Körber Policy Paper 3, Hamburg, 2009, S.45 Hinzu kommt, dass ja auch die britischen und französischen Nuklearwaffen weiter existieren und ein Abschreckungspotential darstellen.

⁷⁴ Dabei kann eine Ausnahme ins Auge gefasst werden: Auf einen massiven Nuklearangriff, der die staatliche Existenz eines oder mehrerer NATO-Mitglieder in Frage stellt, kann ohne einen solchen Beschluss reagiert werden, weil Zeit und Umstände ihn nicht mehr zulassen.

⁷⁵ Vorstellbar wäre letztlich ein russischer Verzicht auf seegestützte und luftgestützte substrategische Nuklearwaffen. Ein Verzicht auf die Sprengköpfe, die für Raketen- und Luftabwehr vorgesehen sind, ist deutlich unwahrscheinlicher, weil Moskau diese Systeme wohl eher als „strategisch“ betrachtet.

schein einer – auch nur technischen – Verbindung des nuklearen Dispositivs der NATO mit einer regionalen Abschreckung im Nahen und Mittleren Osten explizit zu vermeiden. Gleiches gilt im Blick auf die militärischen Optionen der Counterproliferation. Eine solche Verbindung wäre ein komplexes Hindernis auf dem Weg zu einer massenvernichtungswaffenfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten und stünde somit einem weiteren wichtigen Zwischenschritt auf dem Weg zu einer nuklearwaffenfreien Welt im Wege.

Um Barack Obamas Vision Realität werden zu lassen, ist eine Vielzahl begrenzter, aber erfolgversprechender Einzelinitiativen hilfreicher als die Verknüpfung möglichst vieler Fragestellungen zu hochkomplexen Vorhaben, deren Realisierung auch längerfristig mehr als fragwürdig erscheinen muss.

(Erscheint in: Erhard Crome [Hrsg.]: Perspektiven für eine sichere Welt. Alternativen zur NATO. Rosa-Luxemburg-Stiftung: Manuskripte 89, Berlin: Karl Dietz Verlag 2010.)

Russlands taktische Nuklearwaffen

Litauens Präsidentin, Dalia Grybauskaitė, schlug die Einladung zur Unterzeichnung des neuen START-Vertrages im April aus. Sie wolle keinen Champagner bei einem Anlass trinken, der „den Interessen der osteuropäischen und baltischen Staaten widersprechen könne“, erklärte sie Anfang September ihr Fernbleiben. Vilnius kritisiert, dass der neue START-Vertrag taktische Nuklearwaffen nicht erfasst. Genauer: Litauen fürchtet, dass Russland unweit seiner Grenze zum baltischen Nachbarn atomare Landminen zum Einsatz bereit hält, obwohl es im Rahmen der PNIs schon zu Beginn der 1990er Jahre versprochen hatte, alle taktischen Nuklearwaffen des Heeres außer Dienst zu stellen.ⁱ

Auch wenn dieser Vorwurf wahrscheinlich nicht stimmt, er zeigt, welches sensible Thema die taktischen Nuklearwaffen Russlands im Baltikum oder in Polen sind. Richtig ist, die Russische Föderation unterhält weiterhin substrategische Nuklearwaffen. Und Moskau weigert sich bislang, öffentlich zu machen, wie viele seiner ursprünglich über 15.000 Waffen dieser Art weiterhin im aktiven Bestand sind, wie viele Waffen eingelagert wurden, um auf die Delaborierung zu warten und wie viele Sprengköpfe bereits demontiert wurden. Naturgemäß führt diese Intransparenz zu Spekulationen darüber, wie bedrohlich das taktische Nuklearwaffenpotential Russlands heute noch ist. Manche Autoren schätzen, dass Moskau noch rund 5.000 solcher Waffen einsetzbar hält, andere gehen von rund 3.000 aus, wiederum andere halten noch rund 2000 Waffen für einsetzbar.ⁱⁱ Die NATO legt sich nicht fest und spricht allgemein von Tausenden solcher Waffen, die noch nicht delaboriert wurden.

Konkret und möglicherweise auch realistisch schätzen Experten der Federation of American Scientists und des Natural Resources Defence Councils, dass Moskau heute noch rund 2.000 substrategische Nuklearwaffen bereit hält, von denen rund 700 Sprengköpfe dem Raketenabwehrsystem um Moskau und der russischen Luftverteidigung zugeordnet, 700 weitere für den Seekrieg gedacht und 650 strategische Bomber und taktische Kampfflugzeuge vorgesehen sind.ⁱⁱⁱ

Russland wies seinen substrategischen Nuklearwaffen in seiner Sicherheitsstrategie und Militärdoktrin 1999/2000 eine kompensatorische Rolle für die konventionelle Überlegenheit der NATO samt Option des Ersteinsatzes zu.^{iv} Es benutzte dabei die gleiche Argumentation wie die NATO während des Kalten Krieges. Hochrangige Offizielle kündigten zudem wiederholt an, dass Moskau über die Einführung neuer taktischer Sprengkopftypen (z.B. für die Kurzstreckenrakete Iskander) nachdenke. Dies geschah zum einen, als die NATO-Staaten die im Kontext der Erweiterung der Allianz versprochene Anpassung der Verträge über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) 1999 nicht ratifizierten und kein Interesse an der versprochenen weiteren Anpassung an die zweite Erweiterungsrunde der NATO zeigten. Erneut kam das Thema auf, als russische Militärs auf die Pläne George W. Bushs, in Polen strategische Raketenabwehrsysteme zu stationieren, reagierten und ihrerseits mit der Stationierung von Iskander-Raketen in Kaliningrad drohten. Umgesetzt wurden solche Drohungen jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht.

Der russische Bestand an taktischen Nuklearwaffen ist bis auf wenige Exemplare 20 Jahre alt und älter. Russische Nuklearwaffen haben normalerweise eine deutlich kürzere „vorgeplante“ technische Lebensdauer als vergleichbare Waffen der USA. Um sie länger als 10-15 Jahre nutzen zu können, müssen die meisten Waffen gründlich generalüberholt werden. Bei Waffen, die auf Plutonium-Basis gebaut wurden, betrifft dies sogar die nuklearen Komponenten. Da Russland schon bei der Lebensdauerverlängerung seiner strategischen Waffen an finanzielle und technische Grenzen stößt, ist kaum anzunehmen, dass substrategische Waffen in großem Umfang mo-

dernisiert oder gar neue gebaut wurden. Die noch einsetzbaren Bestände dürften zum größten Teil aus der Zeit kurz vor oder nach dem Zerfall der Sowjetunion stammen und nur noch eine begrenzte Lebensdauer haben.

Mittlerweile hat Russland auch die Rolle seiner substrategischen Nuklearwaffen neu beschrieben und sieht in diesen kein Gegenwicht zur konventionellen Überlegenheit der NATO mehr. In der neuen Militärdoktrin aus dem Jahr 2010 heißt es jetzt: „Die RF behält sich das Recht vor, als Antwort auf einen gegen sie und (oder) ihre Verbündeten erfolgten Einsatz von Kernwaffen oder anderen Arten von Massenvernichtungswaffen, ihrerseits Kernwaffen einzusetzen. Das gilt auch für den Fall einer Aggression mit konventionellen Waffen gegen die RF, bei der die Existenz des Staates selbst in Gefahr gerät.“^v

ⁱ Vgl. <http://euobserver.com/13/30762> Wäre der Vorwurf richtig, so könnte man Moskau eine schwere Verletzung seiner Verpflichtungen aus den PNIs vorwerfen. Dafür aber gibt es keinen Beleg.

ⁱⁱ Eine gute Übersicht bieten: Gunnar Arbmänn & Charles Thornton: Russia's Tactical Nuclear Weapons, Part I and II, Swedish Defence Research Agency, FOI-R-1057-SE und FOI-R-1588-SE, Stockholm, November 2003 and February 2005

ⁱⁱⁱ Hans M. Kristensen und Robert S. Norris: Russian Nuclear Forces 2010, in: Bulletin of Atomic Scientists, January 2010, S.76 <http://thebulletin.metapress.com/content/4337066824700113/fulltext.pdf> Der Bestand an nuklearen Bomben entspräche damit in etwa der Größenordnung, die auch die USA noch einsatzbereit halten. Dort sind es 500. Vgl.: Hans M. Kristensen und Robert S. Norris: U.S. Nuclear Forces 2010, in: Bulletin of Atomic Scientists, May/June 2010, S.58

<http://thebulletin.metapress.com/content/067796p218428428/fulltext.pdf>

^{iv} Vgl.: Dresdner Studiengruppe Sicherheitspolitik: Militärdoktrin der Russischen Föderation, übersetzt von Rainer Böhme, Peter Freitag und Joachim Klopfer, DSS-Arbeitspapier 51.4, Dresden, 2000 und: diess.: Die Konzeption der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation, DSS-Arbeitspapier 51.3, Dresden, 2000.

^v Dresdner Studiengruppe Sicherheitspolitik: Militärdoktrin der Russischen Föderation, übersetzt durch Rainer Böhme, Egbert Lemcke und Frank Preiß, Heft 99, Dresden, 2010, S.18